

PROJEKT

Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt

Endbericht
November 2009



Teil 1: Bericht zum Modellprojekt

in der Initiative „Nationale Stadtentwicklungspolitik“
des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)



Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung



NATIONALE
STADT
ENTWICKLUNGS
POLITIK

BAG Soziale Stadtentwicklung
und Gemeinwesenarbeit

Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG)
Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V.
Transferstelle
Stiftstr. 15
30159 Hannover
Tel.: 0511 / 7 00 05 26
Fax: 0511 / 1 61 25 03
www.bagsozialestadtentwicklung.de

Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt

Wissenstransfer zur Stärkung von zivilgesellschaftlichen Netzwerken und bürgerschaftlichem Engagement zur nachhaltigen Sicherung sozialer Entwicklungspolitik in benachteiligten Quartieren.

Ein Modellprojekt der Initiative „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS).

Gefördert durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR).

BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V., Hannover
www.bagsozialestadtentwicklung.de

Mit den Projektpartnern:

- Diakonisches Werk der EKD e.V., Servicestelle Soziale Stadt, Zentrum Familie, Integration, Bildung, Armut (FIBA), Berlin
- Diakonisches Werk Bayern, Nürnberg
- Diakonisches Werk Worms-Alzey, Worms (Einrichtung des DW in Hessen und Nassau e.V.)
- Johann Daniel Lawaetz-Stiftung, Hamburg
- Kindervereinigung e.V., Gera
- LAG Sachsen Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit e.V., Freiberg
- LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V., Hannover
- Stiftung Mitarbeit, Bonn

Redaktion des Berichts:

Dr. Petra Potz, BAG-Transferstelle, potz@location3.de

Hannover, November 2009

Inhalt

Kurzfassung	4
1. Rahmenbedingungen und Ausgangslage	7
2. Projektbeschreibung	9
2.1 Projektinhalte und Akteure	9
Inhalte	9
Akteure	10
2.2 Projektziele und projektspezifische Leitfragen	14
Projektziele	14
Leitfragen des Projekts	14
2.3 Gesamtkonzept und Sachstand	16
Gesamtkonzept	16
Sachstand und Arbeitsschritte	18
2.4 Gute Praxisbeispiele: Austausch und Auswahlprozess	20
Regionalkonferenzen: Austausch und Vernetzung.....	21
Landesnetzwerke: Entwicklung und Aktivierung	23
Diskussionsprozess: die beiden Staffeln der Regionalkonferenzen	26
Kategorienbildung: Gute Praxisbeispiele für zivilgesellschaftliche Aktivierung.....	27
Fachlich-konzeptionelle Entwicklung und Wegbereitung des Memorandums	33
2.5 Berliner Memorandum „Zivilgesellschaftliche Netzwerke in der Sozialen Stadt stärken!“	39
2.6 Bewertung und kritische Selbsteinschätzung	47
3. Kommunikations- und Kooperationsprozess, Öffentlichkeitsarbeit	47
4. Finanzierung	50
5. Beitrag für die Nationale Stadtentwicklungspolitik: Bezug zu Forschungsfeld und Forschungsleitfragen	50
5.1 Zentraler Erkenntnisgewinn – Zentrale Beiträge zur Beantwortung der Forschungsleitfragen	51
5.2 Einschätzung der Übertragbarkeit der Ergebnisse	59
6. Anlagen	60

Kurzfassung

Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V. hat sich 2002 als bundesweites Netzwerk vor allem aus Landesarbeitsgemeinschaften von Praktikern der Stadtteilarbeit konstituiert und versteht sich als Lobby für Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadt- und Stadtteilentwicklung. In der BAG sind Netzwerke aus Soziale-Stadt-Quartieren und vergleichbaren Stadt- bzw. Gemeindegebieten in den 16 Bundesländern organisiert, die die spezifischen Kompetenzen der Gemeinwesenarbeit in die integrierte Stadtentwicklung einbringen. Gemeinwesenarbeit wird dabei nicht als Aufgabe einer einzelnen Profession betrachtet, sondern als umfassendes Arbeitsprinzip verstanden.

Die BAG hat in den Jahren 2008 und 2009 das Modellprojekt „Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt. Wissenstransfer zur Stärkung von zivilgesellschaftlichen Netzwerken und bürgerschaftlichem Engagement zur nachhaltigen Sicherung sozialer Entwicklungspolitik in benachteiligten Quartieren“ im Rahmen der Bundesinitiative „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ durchgeführt.

Die Ausgangsüberlegung für das Modellprojekt entstand aus Beobachtungen und Erkenntnissen, die in der praktischen Arbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft gewonnen wurden: Danach ist die Stabilisierung und Entwicklung der sozial benachteiligten Stadtteile auf absehbare Zeiträume eine andauernde Aufgabe. In spezifischen Sozialräumen konzentrieren sich dauerhaft die Folgen von sozialer Benachteiligung, negativer demografischer Entwicklung und Zuwanderung. Weil die Integration der gesellschaftlich und räumlich an den Rand gedrängten Bevölkerungsteile über den Zeithorizont spezieller Förderprogramme bestehen bleibt, haben die betroffenen Stadtteile und ihre Bewohnerschaft aufwändige Integrationsleistungen zu erbringen. Sie müssen dazu deshalb dauerhaft in die Lage versetzt werden – infrastrukturell, materiell und ideell. Als Schlüsselakteure für die Quartiersentwicklung sind die Bürgerinnen und Bürger, die sozialen Einrichtungen und Dienste, Träger und Netzwerke, die lokale Wirtschaft, die zuständigen Verwaltungsabteilungen und die Politik sozialraum-kompetent zu stärken, zu qualifizieren und aufzustellen. Die Phase der Sonderförderung durch Programme wie die „Soziale Stadt“ ist eine Chance für derartige Ansätze, gezielte Aufmerksamkeit zu erzielen sowie eine erste Förderung und Unterstützung zu leisten. Diese Chance wird vertan, wenn nach der Phase der Sonderförderung keine anschlussfähigen Strukturen für das breiter gewordene Engagement vorhanden sind.

Unterschiedliche fachliche Zugänge müssen stärker miteinander kommunizieren. In den Programmgebieten und Projekten der Sozialen Stadt, die auf Zusammenarbeit und veränderte Verhaltens- und Kooperationsmuster aller Beteiligten angewiesen sind, wurden die folgenden vier Handlungsfelder identifiziert, in denen im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung und Verstetigung zivilgesellschaftliche Orientierungen besonders gestützt werden sollten:

1. *Bürgernetzwerke in ihrer Eigenständigkeit und Vielfalt stärken, insbesondere bei der Vernetzung und Einbindung benachteiligter Gruppen*
2. *Gemeinwesenarbeit in Politik und Verwaltung verankern*
3. *Wirtschaft für das Gemeinwesen gewinnen*
4. *Dem Gemeinwesen eine Stimme geben.*

Die Prozesse der Sozialen Stadt können als Modelle betrachtet werden, anhand derer sich viele der neuen Herausforderungen für Zusammenleben, Wirtschaftsentwicklung und Aufgaben des Sozialstaates veranschaulichen lassen. Es geht hier um weit mehr als um Versorgungsstandards: Es braucht ein Dach, unter dem die Menschen handeln.

Im Sinne der Nachhaltigkeitsdiskussion gilt es, gerade die von Förderkulissen unabhängige Tragfähigkeit zivilgesellschaftlicher Netzwerke als zentrales Moment strategischer Allianzen frühzeitig herauszuarbeiten, „mitzudenken“ und zu begreifen.

Kommunikation, Dialog und die Schaffung von Öffentlichkeit sind wichtige Elemente der integrierten Stadtteilentwicklung. Dies führt zu mehr Aufmerksamkeit der Akteure füreinander und zu einer fairen und „zivilen“ Auseinandersetzung auf gleicher Augenhöhe. Dafür müssen Zentren und Räume als Gelegenheiten für öffentliche Debatte und Dialog geschaffen werden, um somit eine demokratische Öffentlichkeit zu stärken.

Partizipationsmöglichkeiten müssen allerdings im Kontext von Quartieren der Sozialen Stadt oftmals erst geschaffen werden. Dafür sind Unterstützungssysteme und Empowerment aufzubauen. Der "Eigensinn" lokaler Gemeinschaften muss dabei Berücksichtigung finden, denn Engagement läuft nicht immer nach einem vorher beschlossenen Plan ab, da Ziele und Formen sich verändern. Lokale Migranten-Communities haben unter Umständen ganz andere Vorstellungen von Beteiligung als PlanerInnen etc. Unterschiedliche Zielgruppen benötigen deshalb unterschiedliche Formen von Ansprache und Einbindung. Hier sind Experimentierfreudigkeit und Mut gefragt, sich auch auf unbequeme, vielleicht auch aufwändigere Wege als den direkten Weg einzulassen.

Integrierte Stadtentwicklungsansätze wie die Soziale Stadt müssen die Kompetenzen von Gemeinwesenarbeit verstärkt nutzbar machen. Nur mit einer kontinuierlichen Vernetzung zwischen allen räumlichen Ebenen und einer ressortübergreifenden strategischen Vorgehensweise kann gewährleistet werden, dass die lokalen Erfahrungen aus der Praxis vor Ort gebündelt und in die Überlegungen zu einer programmatischen Weiterentwicklung transportiert werden. Um dauerhafte, verlässliche und belastbare Strukturen für Akteure in Stadtteilen zu schaffen, muss der Soziale Stadt-Ansatz von Bund und Ländern langfristig finanziert und mit deutlichen Leitlinien für zivilgesellschaftliches Engagement und Gemeinwesenarbeit („Goldene Zügel“) so ausgestattet werden, dass alle Bedarfskommunen profitieren können. Strategisch-politisch wichtig ist die Bildung von interministeriellen Kommissionen unter Einbeziehung von Zivilgesellschaft auf Bundes- und Länderebene.

Die Soziale Stadt-Strategie muss verstetigt, weiterentwickelt und mit weiteren Förderansätzen im Stadtteil und der Gesamtstadt verknüpft werden. Sie muss als Modell zum integrierten Handeln auch für andere Stadtentwicklungsprogramme zu nutzen sein. Kommunale Wirtschaftsförderung, Planungs- und Sozialressorts sollten verstärkt kooperieren und benachteiligte Sozialräume in integrierte Konzepte einbeziehen.

An den Standorten der Sozialen Stadt sind Aufbau und Pflege von Interessengemeinschaften und Gemeinwesenstrukturen zur Schaffung einer Handlungsplattform auf Stadtteil- bzw. Quartiers-ebene zwingend erforderlich (Community-Organizing etc).

Die Ergebnisse des Modellprojekts sind in das *Berliner Memorandum: Zivilgesellschaftliche Netzwerke in der Sozialen Stadt stärken!* eingeflossen. Dabei wurden sowohl die Ergebnisse der Regionalkonferenzen mit den Erfahrungen aus der erkenntnisreichen Praxis vor Ort als auch die fachlich-strategischen Überlegungen des Projektbeirats aufgenommen und zu Handlungsstrategien weiterentwickelt. Damit bildet es eine Brücke zwischen theoretisch-wissenschaftlichen Diskursen zur Stadtentwicklungspolitik und den praxisorientierten Ansätzen der Gemeinwesenarbeit vor Ort.

1. Rahmenbedingungen und Ausgangslage

Es besteht ein breiter Konsens, dass die Konzepte der Soziale Stadt-Programme, insbesondere die Nachhaltigkeitsansätze, als Kernelemente die Vernetzung der lokalen Akteure und die Aktivierung und Beteiligung der Bewohnerschaft beinhalten sollten. Maßgeschneiderte Angebote für Teilhabe, Bildung und Qualifizierung der Bewohner in den Soziale Stadt-Quartieren werden benötigt. Die besonderen Schwierigkeiten, unter den vorhandenen Bedingungen in benachteiligten Stadtquartieren Bevölkerungsgruppen zu aktivieren, die wenig Engagementenerfahrung mitbringen, stehen im Mittelpunkt.

Bestehende und zukünftige integrierte Entwicklungs- und Handlungskonzepte sehen die Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen als Akteure vor Ort als entscheidende Voraussetzung einer nachhaltigen Gestaltung von Stadtteilmanagement und Gemeinwesenarbeit in den Soziale Stadt-Quartieren.

“Eine entscheidende Voraussetzung für eine gerechte, sozial integrierende Stadtgesellschaft ist, dass sich Bürgerinnen und Bürger in ihren Städten ‚wieder finden‘. ... Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik bilden einen Rahmen, der durch private Akteure ausgefüllt werden muss” (vgl. www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de). Dieser programmatische Anspruch der Bundesinitiative “Nationale Stadtentwicklungspolitik“ im Handlungsschwerpunkt „Bürger für ihre Stadt aktivieren“ wird im Projekt “Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt” aufgegriffen und weiter entwickelt.

Unter welchen Bedingungen diese Beteiligung und Teilhabe stattfinden kann und wie die notwendigen Qualitätsstandards aussehen, ist das Thema des Modellprojekts. Diese Bedingungen wurden auf der BAG-Fachkonferenz in Berlin „Bürgerschaftliche Netzwerke stärken“ im September 2009 diskutiert und im Berliner Memorandum „Zivilgesellschaftliche Netzwerke in der Sozialen Stadt stärken!“ im November 2009 präsentiert.

Der Projektträger, die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V., hat sich 2002 als bundesweites Netzwerk vor allem aus Landesarbeitsgemeinschaften von Praktikern der Stadtteilarbeit konstituiert und versteht sich als Lobby für Gemeinwesenarbeit in einer sozialen Stadt- und Stadtteilentwicklung. Sie sieht „Soziale Stadt“ als neuen umfassenden Politikansatz für integrierte Handlungskonzepte und bringt langjährige Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung und -aktivierung in Gemeinwesenprojekten ein. Bereits in den programmatischen Überlegungen, die zur Gründung der BAG führten, wurde die Aktivierung

bürgerschaftlichen Engagements als essenziell betont. Die Mitwirkung von Bewohnerinitiativen, die Unterstützung von Vereinen und anderem ehrenamtlichen Engagement ist ein unabdingbarer Bestandteil zielgerichteter Stadtteilentwicklung. Einzelne Maßnahmen und angebotsorientierte Projekte reichen nicht aus, um die sozialen Verhältnisse, das nachbarschaftliche Zusammenleben im Stadtteil sowie gesellschaftliche Teilhabe nachhaltig zu verbessern. Zur Stärkung der Möglichkeiten zur Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen bedarf es verbindlicher Formen und Strukturen der Mitwirkung der betroffenen Bevölkerung (BAG, Positionspapier zur Sozialen Stadt, Gelnhausen, 30.03.2004).

In der BAG sind Netzwerke aus Soziale-Stadt-Quartieren und vergleichbaren Stadt- bzw. Gemeindegebieten in den 16 Bundesländern organisiert, die die spezifischen Kompetenzen der Gemeinwesenarbeit in die integrierte Stadtentwicklung einbringen. Gemeinwesenarbeit wird dabei nicht als Aufgabe einer einzelnen Profession betrachtet, sondern als umfassendes Arbeitsprinzip verstanden. Das Modellprojekt ist in die Netzwerke auf Länderebene eingebunden. In den meisten der 16 Bundesländer gibt es bereits Landesnetzwerke, davon sind einige wenige als Landesarbeitsgemeinschaften und als eingetragene Vereine formalisiert, wie in Niedersachsen und Hessen. Beispielsweise in Baden-Württemberg hat sich die Landesarbeitsgemeinschaft als eingetragener Verein Ende 2008 formiert. Die Mehrheit der Ländernetzwerke besteht aus einem informellen Zusammenschluss mit der wesentlichen Funktion von kollegialem Austausch der Stadtteilmanager in den Programmgebieten. In Bayern, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern wurden Ländernetzwerke teilweise kausal ausgelöst durch die Projektaktivitäten aufgebaut und gegründet bzw. befinden sich in der Aufbauphase.

Im ersten Bericht wurden projektspezifische Rahmenbedingungen und Ausgangslage ausführlich beschrieben. Der 2. Zwischenbericht (November 2008) dokumentierte die erste Staffel der Regionalkonferenzen sowie die Bildung des begleitenden und beratenden Projektbeirats im September 2008. Der 3. Zwischenbericht ging auf die eingereichten Projektbeispiele mit Ansätzen guter zivilgesellschaftlicher Praxis vor Ort, die fachlich-wissenschaftliche Begleitung und Weiterentwicklung der Kriterien für eine gute zivilgesellschaftliche Praxis durch den Projektbeirat sowie die Diskussion in der zweiten Staffel der Regionalkonferenzen im Berichtszeitraum November 2008 - April 2009 ein.

Im 4. Zwischenbericht/Entwurf des Endberichts (Teil 1) wurden die Weiterentwicklung und Diskussion zum Aufbau des Memorandums im Projektbeirat zusammen mit den Landesnetzwerken sowie die Befunde und Ergebnisse, die dann im Memorandum in seiner vorläufigen Endfassung am 17. und 18. September 2009 in der Fachkonferenz „Bürgerschaftliche Netzwerke stärken“

präsentiert und kommentiert wurden, dokumentiert (Mai-September 2009). Ein separater Teil 2 des Berichts enthält die Projektbeispiele zur „Erkenntnisreichen Praxis“.

Der vorgelegte Endbericht in den Teilen 1 und 2 enthält daneben die Auswertung der Fachkonferenz, die Darstellung der weiteren Öffentlichkeitsarbeit sowie die Endfassung des Berliner Memorandums

2. Projektbeschreibung

2.1 Projektinhalte und Akteure

Die Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt stellt die Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner sowie der lokalen Netzwerke im Gemeinwesen in den Fokus der Programmgestaltung. Bestehende und zukünftige integrierte Entwicklungs- und Handlungskonzepte stellen die Partizipation der beteiligten und betroffenen Bürger und Bürgerinnen als Akteure vor Ort nicht nur in den Mittelpunkt, sondern sehen diese als entscheidende Basis einer nachhaltigen Gestaltung von Stadtteilmanagement und Gemeinwesenarbeit in Soziale-Stadt-Quartieren und Programmgebieten.

Inhalte

Die BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V. hatte mit dem Projekt „Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt“ das Ziel, Arbeitsplattformen und Fachforen zum theoretischen und praktischen Wissenstransfer zu organisieren.

Die bestehenden Landesnetzwerke aus den Quartieren der Sozialen Stadt sollten selbst aktiviert, qualifiziert und für das Thema sensibilisiert und erweitert werden. Die bestehenden Zusammenschlüsse auf Länderebene wurden zu dem Thema fachspezifisch beraten und begleitet. Weitere Netzwerke wurden zu dem Themenkreis mobilisiert.

Die Praxisbeispiele zur erkenntnisreichen Praxis zivilgesellschaftlichen Engagements aus den 16 Bundesländern wurden von den Ländernetzwerken selbst recherchiert, reflektiert und vorgeschlagen. Dabei galt es herauszufinden, unter welchen Bedingungen vorbildliches zivilgesellschaftliches Engagement schon entstanden ist und wie diese Erfahrungen überregional zur Verfügung gestellt werden können. Es wurden gute Beispiele für zivilgesellschaftliches Engagement zusammengetragen und über diesen Prozess haben sich die Landesnetzwerke und –arbeitsgemeinschaften selbst gestärkt, sensibilisiert und aktiviert.

Wichtig im Projektzusammenhang ist, dass die Erfahrungen vor Ort, also „von unten“ und den Praktikern selbst eingebracht werden, weil sie u. E. besser wissen, welche Hindernisse und Hemmnisse zu überwinden sind und auch wissen, was notwendig ist, um zivilgesellschaftliches Engagement vor Ort wirkungsvoll und dauerhaft umzusetzen. Wie die dazu notwendigen Qualitätsstandards und Rahmenbedingungen für die zu entwickelnden Handlungsoptionen formuliert werden können, wurde in einem gemeinsamen Diskurs erarbeitet.

Akteure

Die Zielgruppen und beteiligten Akteure des Projekts verorten sich hauptsächlich im zivilgesellschaftlichen Sektor auf Quartiers-, kommunaler und übergeordneter Ebene.

Ausdrücklich wurde auch die Leitungs- und Entscheidungsebene von Verbänden und Trägern mit einbezogen. Im Sinne einer nicht nur Träger sondern auch Sektor übergreifenden Strategie wurden Akteure aus dem öffentlichen Sektor, wie Vertreter und Vertreterinnen von kommunaler Verwaltung und Politik sowie aus dem beteiligten privaten Sektor, wie die Wohnungswirtschaft, im Projektbeirat vernetzt. Dabei waren auch Vertreter und Vertreterinnen der Wohlfahrtsverbände, von freien Trägern und auch selbst von aktiven Bürgergruppen wichtig. Sie sind als Schlüsselakteure zu betrachten, um den notwendigen Wissenstransfer zu sichern bzw. die originäre Frage- und Aufgabenstellung des Modellprojekts zu gewährleisten.

Die BAG richtete für das Projekt eine Transferstelle ein, in der die inhaltlich-konzeptionelle Arbeit sowie die administrativ-finanzielle Abwicklung gebündelt sind. Hier arbeiteten zwei freie Mitarbeiterinnen. Dieser bundesweite Transfer mit einer zentralen Anlaufstelle für die Landesnetzwerke und die zivilgesellschaftlichen Akteure hat sich bewährt.

Die Findung und Einbindung aller geplanten Aktionsebenen und Akteure war die wesentliche Aktivität der ersten Projektphase 2009. In den Konferenzen und Sitzungen konnten die entstandenen Netze über gemeinsame Diskussionen und Austausch weiter gefestigt werden, um somit auch über die Projektlaufzeit hinaus als Netzwerk und Ansprechpartner verfügbar zu sein.

Die Akteurskonstellation im Projekt

Die gewonnenen und aktiven Akteure des Projektes wurden in verschiedene Kategorien / Aktionsebenen differenziert:

- Projektpartner
- Kooperationspartner
- Kontakt in Ländernetzwerken
- Projektbeirat
- Steuerungsgruppe der BAG

Projektpartner

Die Projektpartner beteiligen sich nicht nur am aktiven Gelingen, sondern sind formalisierte Partner, die einen Vertrag zur Mitarbeit unterschreiben und Eigenmittel einbringen und garantieren. Somit sichern sie neben dem inhaltlichen Beitrag auch eine zentrale finanztechnische Seite des Projektes.

- Diakonisches Werk der EKD e.V., Servicestelle Soziale Stadt, Zentrum Familie, Integration, Bildung, Armut (FIBA), Berlin
- Diakonisches Werk Bayern, Nürnberg
- Diakonisches Werk Worms-Alzey, Worms (Einrichtung des DW in Hessen und Nassau e.V.)
- Johann Daniel Lawaetz-Stiftung, Hamburg
- Kindervereinigung e.V., Gera
- LAG Sachsen Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit e.V., Freiberg
- LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V., Hannover
- Stiftung Mitarbeit, Bonn

Kooperationspartner

Mit dem Kooperationspartner führen wir die inhaltlichen Workshops bzw. BAG-Foren, wie sie in der Projektplanung genannt werden, durch.

- Burckhardthaus, Evangelisches Institut für Jugend-, Kultur-, Sozialarbeit e.V., Gelnhausen

Kontaktpartner der Ländernetzwerke

Die gefundenen Kontaktpartner der Landesnetzwerke in den 16 Bundesländern sind Personen, die sich bereit erklärt haben, die Netzwerkarbeit in den Ländern zu dem Thema „Aktivierung von Zivilgesellschaftlichem Engagement“ zu aktivieren und zu mobilisieren. Sie sind die Garanten für

die Durchführung der Bestandsaufnahmen in den Ländern sowie dafür, die Dokumentation von guten Praxisbeispielen zu organisieren. Ausgewählte Ländervertreter fungierten auch als Organisatoren und verantwortliche Partner für die durchgeführten Regionalkonferenzen. Die Landesnetzwerke der Bundesarbeitsgemeinschaft haben bundesweit gute Beispiele für zivilgesellschaftliches Engagement zusammengetragen und sich über diesen Prozess gleichzeitig als Landesarbeitsgemeinschaften gestärkt, formiert und aktiviert. Die Liste der Kontaktpartner der Landesnetzwerke befindet sich im Anhang im Vernetzungsorganigramm.

Projektbeirat

Die Mitglieder des im September 2008 gegründeten Projektbeirates haben sich aus berufspolitischem Interesse zusammengefunden und gewährleisten den inhaltlichen Diskurs. Sie begleiten den Projektfortschritt kritisch und beratend. Die Mitglieder bringen sich neben den originären Beiratssitzungen auch in den organisierten Fachforen entsprechend ihrer Profession, Kompetenz und Interessenlagen ein.

Besonders wichtig ist uns, dass es gelungen ist, dass

- alle für das Themenfeld wichtigen Wohlfahrtsverbände mit Vertretern aus den entsprechenden Fachbereichen teilnehmen,
- Experten zum Thema aus der universitären Forschung eingebunden sind,
- ehemalige zentrale Funktionsträger aus der Verwaltung ihre Erfahrung und ihr Wissen einbringen,
- Verbände aus der Wohnungswirtschaft als wichtige Akteure vertreten sind und
- auch der Träger des Modellprojekts BBSR ein Mitglied in den Projektbeirat entsandt hat.

Mitglieder des Projektbeirats: Verantwortliche Person und Organisation (alphabetisch)

Dieter Eckert, Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V., Berlin

Heike Binne, BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V., Hannover

Martina Kocks, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn

Dr. Bernd Hunger, Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. (GdW), Berlin

Dr. Armin Kuphal, DER PARITÄTISCHE Bundesverband e.V., Berlin

Thomas Franke, Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin

Dr. Rolf-Peter Löhr (Vorsitz), ehemals stellvertretender Leiter des Difu, Berlin

Reinhard Thies, Diakonisches Werk der EKD e.V., Berlin

Prof. Dr. Herbert Schubert, Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften, Fachhochschule Köln

Dr. Peter Szyuka, Forum Community Organisation (FOCO) e.V., Oldenburg

Rudolf Raabe, ehemals Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, Wiesbaden

Dr. Matthias Sauter, Institut für Stadtteilentwicklung und Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB), Universität Duisburg-Essen

Frederick Groeger-Roth, LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V.

Prof. Dr. Adalbert Evers, Lehrstuhl für Vergleichende Gesundheits- und Sozialpolitik, Justus-Liebig-Universität Gießen

Jürgen Maier, Vertreter der Kerngruppe des Landesnetzwerks Soziale Stadtentwicklung und GWA Rheinland-Pfalz, Stadtteilbüro Wormser Süden, Diakonisches Werk Worms-Alzey, Worms

Eva-Maria Antz, Stiftung Mitarbeit, Bonn

Wolfram Schneider, Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung e.V. (SRL), Berlin

Steuerungsgruppe

Der geschäftsführende Vorstand der BAG formierte sich als Steuerungsgruppe. Sie versteht sich als Qualitätsmanagement und sichert das Controlling. Der BAG-Vorstandsvorsitzende Reinhard Thies übernimmt wichtige Funktionen in seiner Doppelrolle beim Diakonischen Werk der EKD e.V., Zentrum Familie, Integration, Bildung, Armut (FIBA), Servicestelle Soziale Stadt und als Vorsitzender der BAG bei der Verbreitung des Vorhabens im bundesdeutschen Raum.

Wir sind mit den Ergebnissen der Findung und Einbindung der verschiedenen Aktionsebenen und deren personeller Besetzung zufrieden. Mit der Einwerbung weiterer Projektpartner zur Eigenmittelsicherung wurde das Projekt inzwischen erfolgreich abgeschlossen.

2.2 Projektziele und projektspezifische Leitfragen

Projektziele

Die Projektziele wurden während der Bearbeitung nicht verändert. Die Zielerreichung steht nicht in Frage. Im Kapitel Sachstand wird näher darauf eingegangen, welche Ziele verwirklicht werden konnten.

1. Aufbau einer bundesweiten Plattform von Kompetenznetzwerken der zivilgesellschaftlichen Akteure vor Ort über die Landesnetzwerke in 16 Bundesländern. Inhaltliche Verständigung, Mobilisierung, Sensibilisierung zum Thema des Modellprojekts „Aktivierung von Zivilgesellschaftlichem Engagement in der Sozialen Stadt“.
2. Aufbau eines Expertenkreises zur fachlichen Begleitung des Modellprojekts (Projektbeirat).
3. Stärkung der Landesnetzwerke und institutionalisierten Landesarbeitsgemeinschaften als verbindliche Multiplikatoren und Verpflichtung zur verbindlichen Mitarbeit.
4. Bestandsaufnahme und Dokumentation exemplarischer guter Praxis lokaler zivilgesellschaftlicher Netzwerke und Praxisbeispiele (möglichst aus jedem Bundesland).
5. Erstellung von Handlungsempfehlungen und Standards zur weiteren Mobilisierung lokaler zivilgesellschaftlicher Netzwerke einerseits und der verbesserten Praxis vor Ort.
6. Erstellung eines gemeinsamen Memorandums als Abschlussprodukt.

Leitfragen des Projekts

Die ursprünglich formulierten Leitfragen wurden für die Projektakteure noch einmal erläutert und ergänzt. Dies erfolgte auf Wunsch unserer Kontraktpartner aller Aktionsebenen. Die Kritik der Akteure bezog sich auf die zu abstrakte Formulierung und die zu geringe Anwenderfreundlichkeit für Praktiker aus den Quartieren.

Die Leitfragen galten in der Umsetzung als Raster und Basis einer strukturierten Bestandsaufnahme, der gemeinsamen Kriterienentwicklung in den Ländernetzwerken sowie zur Findung guter Praxisbeispiele. Die Leitfragen wurden auf den Vorbereitungstreffen zu den Regionalkonferenzen entsprechend eingebracht und diskutiert.

Die Projektpartner wünschten einen Fragebogen bzw. Raster, damit sie die Bestandsaufnahmen einfacher und strukturierter vornehmen konnten und die Dokumentation erleichtert wird. Dies war ein erstes Hindernis im Projektverlauf. Daher wurde eine Checkliste zur besseren Projektfindung und Dokumentation erarbeitet. Die Leitfragen sind vereinfacht in die standardisierte Checkliste für die Bestandsaufnahme der guten Praxisbeispiele vor Ort eingearbeitet worden.

Die folgenden fünf Leitfragen wurden mit entsprechenden Erläuterungen für die Bestandsaufnahme in den einzelnen Bundesländern unterlegt:

1. An welchem Standort sind die Stadtteilakteure über die Dauer von befristeten Programmen hinaus in die Lage versetzt worden, die stets prekären Integrationsleistungen in benachteiligten Stadtteilen zu erbringen?

Im Unterschied zu den folgenden Leitfragen, die sich mehr auf die strukturelle Ebene beziehen, ist hier die inhaltliche Ebene der sozialen Stadtteilentwicklung angesprochen. Gesucht sind gelungene Antworten (nicht unbedingt Lösungen) für die Fragen der lokalen Beschäftigungs- und Bildungsförderung, des Aufbaus nachbarschaftlicher Netzwerke, der Integration von Zuwanderern etc.

2. Wo sind belastbare Kooperations- und Verbundstrukturen für „Dritt-Sektor-Akteure“ und Träger der Sozialarbeit entstanden, in denen in einer sektorübergreifenden Strategie „auf Augenhöhe“ mit dem öffentlichen und privaten Sektor kooperiert wird?

Hier sind z.B. stadtteilbezogene oder stadtweite Trägernetzwerke angesprochen, die in Form eines Vereins, einer Genossenschaft, einer Kooperationsvereinbarung etc. dauerhaft eingerichtet sind. Insbesondere interessiert die institutionalisierte Form und welche positiven Wirkungen für die sektorübergreifende Zusammenarbeit beschreibbar sind.

3. Wo und wie sind Modelle und Handlungsansätze gefunden worden, um zivilgesellschaftliche Akteure in stabile lokale Entwicklungspartnerschaften freie Träger und subsidiäre Akteure in Lenkungsstrukturen einzubinden?

Hier wird die inhaltliche Ebene der lokalen Netzwerkstrukturen angesprochen. Wo sind Beispiele beschreibbar, in denen eine lokale Ressourcenbündelung gelingt und wo über operative Absprachen hinaus ein gemeinsames strategisches Verständnis für anzuehende Fragen existiert und sich dieses auch in dementsprechenden Entscheidungsfindungen (Einbezug der zivilgesellschaftlichen Akteure in Lenkungsstrukturen) widerspiegelt?

4. Wo ist Gemeinwesenarbeit als professionelle Kompetenz in einem kooperativen Quartiermanagement sichergestellt worden?

Hier interessiert die Frage, wo schon erfolgreich oder zumindest perspektivisch absehbar, auch über die befristete Förderdauer von Programmen hinaus, lokale Quartiermanagementstrukturen entstanden sind. Gemeinwesenarbeit wird hier als die Unterstützungsstruktur für zivilgesellschaftliche Akteure verstanden, ohne die ein solches Quartiermanagement kein ziviles Fundament hätte.

5. Wo und wie sind mit den Bürger/innen neue nachhaltige und selbsttragende Strukturen der Interessenartikulation, der Kommunikation und Kooperation aufgebaut worden?

Hier sind lokale Bürgerplattformen, -Vereine, -Stiftungen, Genossenschaften etc. gemeint. Der Anteil an notwendiger professioneller Begleitung bzw. organisatorischer Stützung soll dabei auch transparent gemacht und dargelegt werden.

Der zunächst geringe Rückfluss an ausführlich ausgefüllten Checklisten hat gezeigt, dass nicht bei allen Kontaktpartnern der Ländernetzwerke, die bereits gute Praxisbeispiele vorgelegt und dokumentiert haben, die Leitfragen und Ziele verinnerlicht wurden. Das Thema und die Einbettung der Praxisbeispiele in den größeren Kontext der Projektdebatte wurden auf Grundlage der Auswertungskriterien bei der zweiten Staffel der Regionalkonferenzen vertieft und Informationen und Kommentare in den Checklisten anschließend nachgearbeitet.

2.3 Gesamtkonzept und Sachstand

Gesamtkonzept

Die erste und grundsätzliche Verständigung, die im Rahmen des Gesamtkonzeptes vorgenommen wurde, war die gemeinsame fachtheoretische Diskussion im 1. BAG-Fachforum in Gelnhausen zur Fragestellung „Was ist zivilgesellschaftliches Engagement?“. Wie schon im 1. Bericht erwähnt, teilt die BAG mit allen Aktionsebenen die Auffassung von Zivilgesellschaft mit einem „weiten Begriff“ nach Prof. Dr. Adalbert Evers. Dieser hielt im 1. Fachforum ein Impulsreferat zu diesem Thema.

Zivilgesellschaft wird in den verschiedenen Regionen in Europa (Ost – West) unterschiedlich interpretiert. Während in Osteuropa der Begriff als Oberthema für Selbstorganisation ohne staatliches Einmischen steht, versteht man im Westen darunter vielmehr neue Formen bürgerlicher, sozialer Bewegungen. Beiden gemein ist, dass die Bürger/innen und ihre Selbstorganisation im Vordergrund stehen.

Nach Prof. Dr. Evers kann man Zivilgesellschaft sowohl als engen als auch als weiten Begriff sehen. Die weite Definition bezieht sich über den dritten zivilgesellschaftlichen Sektor hinaus auf eine Gesellschaft, in deren Strukturen bestimmte Werte wie Demokratie, öffentliche Verständigung, Toleranz, Solidarität und Kooperation verankert sein müssen. Die Verankerung dieser Werte bezeichnet Evers als Qualitätsmerkmal einer Gesellschaft. Diese Werte müssen durch die Institutionen hinweg *Sektor übergreifend* gültig sein.

Zivilgesellschaft muss sich im weiten Begriff nicht außerhalb von staatlich professioneller Politik, Marktwirtschaft und privater Gemeinschaften, wie informell ethnischen Communities oder Familien abspielen, wie es der enge Begriff nahe legt. Der Dritte Sektor ist nicht automatisch „zivil“ - eine Gleichsetzung, wie sie früher üblich war - da sich auch in ihm wirtschaftliche Interessen und Lobbyismus wieder finden lassen. Der Dritte Sektor ist zweifelsohne ein wichtiger Akteur im zivilgesellschaftlichen Bereich, doch müssen auch die Politik, Marktwirtschaft und Communities einbezogen werden, damit sich ein zivilgesellschaftliches Verständnis in den unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft verankern kann.

Aus folgenden Ansätzen und Perspektiven zur Zivilgesellschaft konnten im Projektzusammenhang überlappend Erkenntnisse gewonnen und verwendet werden:

1. Stärkung zivilgesellschaftlicher Orientierung und Qualifizierung der Vereine, Assoziationen und Träger im Dritten Sektor
2. Bildung Sektor übergreifender Netzwerke und Kooperationsformen mit demokratischer und ziviler Qualität – bei Entscheidungen und Leistungen
3. Stärkung von demokratischer Öffentlichkeit – mehr Aufmerksamkeit der Akteure für einander und faire / „zivile“ Auseinandersetzung auf gleicher Augenhöhe.

Zivilgesellschaft umfasst sowohl die soziale, die politische als auch die wirtschaftliche Dimension. In der *sozialen Dimension* stehen die Themen Gemeinwesenarbeit und Gemeinwesenentwicklung im Vordergrund. Damit sozial benachteiligte Gruppen integriert werden können, müssen sich die geschlossenen Communities und andere Subgruppen öffnen, damit sich ein gemeinsames Miteinander und gemeinsame Perspektiven entwickeln können.

In der *politischen Dimension* geht es darum, dass Vertreter der Wirtschaft und professioneller Politik in die Kooperationsstrukturen einbezogen werden und der „sich einmischende Bürger“

nicht als Gegner (von politischer Seite) gesehen wird, sondern als Partner auf Augenhöhe kooperieren kann.

Die *wirtschaftliche Beteiligung* ist leider bislang eher gering, deshalb geht es auch darum, wirtschaftliche Interessen wie Wohnen, Arbeitsplätze und Versorgung stärker zu betonen und soziale Stadtentwicklung nicht länger als rein städteplanerische oder sozial-politische Aufgabe zu begreifen.

Nach der theoretischen Verständigung wurden von der Transferstelle die Vorgehensweise und die praktische Umsetzung festgelegt. Die Steuerungsgruppe hat das Vorgehen zur Umsetzung freigegeben.

Sachstand und Arbeitsschritte

Nach dem Start am 1. Februar 2008 wurden die folgenden Aktivitäten in den verschiedenen Projektphasen durchgeführt. Teilweise gab es Verschiebungen bei der Zeitplanung, insbesondere die Durchführung der ersten Regionalkonferenzen und der Rücklauf der Dokumentationen der Projektbeispiele gingen über die vorgesehene Terminierung hinaus. Danach konnte jedoch der Zeitplan auch mit zusätzlichen Anforderungen, wie der Teilnahme am Erfahrungsaustausch in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, eingehalten werden.

- Erstellen des 1. Zwischenberichtes zum 30.04.2008 mit Arbeitsprogramm
- Planung, Vorbereitung und Durchführung der ersten Staffel von drei Regionalkonferenzen (Nord, Mitte, Süd) mit den Landesnetzwerken zur Bestandsaufnahme und Einwerbung erster Beispielprojekte guter zivilgesellschaftlicher Praxis (Juni - Oktober 2008)
- Organisation der Dokumentation bemerkenswerter Beispielprojekte über die Landesnetzwerke
- Einrichtung eines Projektbeirats zur fachlichen Begleitung und Beratung: Konstituierende Sitzung am 13. September 2008 in Frankfurt/Main
- Verfassen des 2. Zwischenberichts zum 15.11.2008
- BAG-Fachforum am 14. November 2008 in Frankfurt/Main mit Vortrag von Dr. Matthias Sauter

- Sitzung des Projektbeirats am 27. Januar 2009 in Frankfurt/Main. Fachlicher Input von Prof. Adalbert Evers zu Kriterien für die Auswertung der Projektbeispiele
- 2. Staffel der drei Regionalkonferenzen (Februar - März 2009) zur Diskussion und Auswertung der Praxisbeispiele und Erarbeitung der Handlungsempfehlungen
- Strukturierung und Aufbereitung der eingereichten Praxisbeispiele für zivilgesellschaftliches Engagement für die Handlungsempfehlungen (März/Mai 2009)
- Verfassen des 3. Zwischenberichts zum 30.04.2009
- Auswertung und Dokumentation der Projektbeispiele für eine „Erkenntnisreiche Praxis“
- Erarbeitung des Memorandums in einem dafür gegründeten Redaktionsteam (Mai/Juni 2009)
- Vorstellung und Diskussion des Gliederungsentwurfs beim BAG-Fachforum und der 3. erweiterten Projektbeirat-Sitzung mit regionalen Vertretern am 17. Juni 2009 in Frankfurt/Main
- Mehrere Vorstandssitzungen der BAG sowie Steuerungsrunden
- Vorstellung und Diskussion des Projekts beim Erfahrungsaustausch beim 3. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik am 24./25. Juni 2009 in Gelsenkirchen/Essen
- Inhaltlich-organisatorische Vorbereitung und Durchführung der BAG-Fachkonferenz am 17./18. September 2009 in Berlin
- Vorstellung der vorläufigen Endfassung des Memorandums auf der BAG-Fachkonferenz „Bürgerschaftliche Netzwerke stärken“ in Berlin, September 2009
- Verfassen des 4. Zwischenberichts / Endbericht-Entwurfs zum 30.09.2009
- Dokumentation der Fachkonferenz am 17./18.09.2009 in Berlin
- Erstellung, Layout und Druck sowie Verbreitung der Endfassung des Memorandums
- Entwicklung der Veröffentlichungsstrategie aus dem Modellprojekt (z.B. Beiträge in Fachzeitschriften; Online-Newsletter und Publikation in der Skripte-Reihe der Stiftung Mitarbeit)

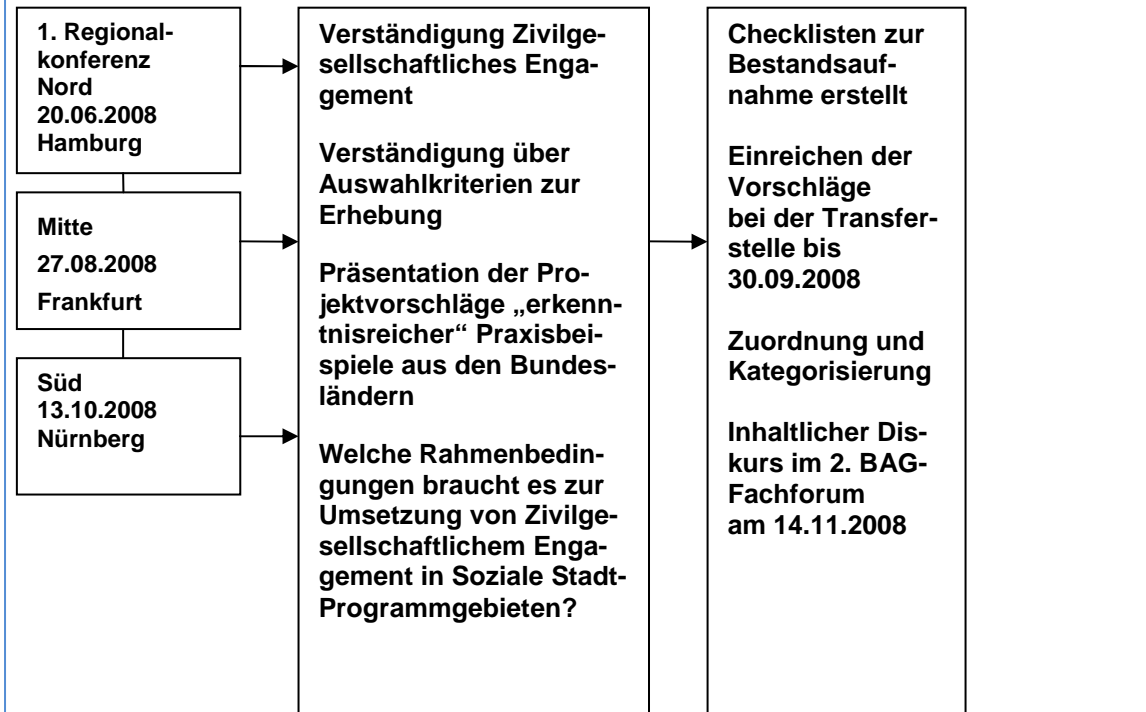
- Aktualisierung der Webauftritte zum Projekt (Nationale Stadtentwicklungspolitik, BAG)
- Teilnahme am 2. Erfahrungsaustausch in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik am 26./27. November 2009 in Hamburg
- Abgabe des Endberichts zum 30.11.2009

Neben dem verspäteten Rücklauf gab es auch eine personelle Veränderung in der BAG-Transferstelle des Projektes, die eine gewisse Einarbeitungszeit nach sich zog. Zum Jahreswechsel verließ Frederick Groeger-Roth aus beruflichen Gründen den operativen Teil der Projektarbeit. Die BAG vergab ab Januar 2009 einen Werkvertrag an Dr. Petra Potz, Stadtplanungsbüro location³, Berlin zur inhaltlichen Koordinierung und Entwicklung der weiteren Schritte. Daneben ist Monika Neumaier für die organisatorische und administrative Betreuung des Projektes zuständig. Die Aufgaben wurden entsprechend der vertraglichen Verabredung erledigt. Die Projektumsetzung wird im nächsten Abschnitt genauer beschrieben.

2.4 Gute Praxisbeispiele: Austausch und Auswahlprozess

Die Steuerungsgruppe der BAG hat mit der Transferstelle den Projektablauf, die Operationalisierung und die Vorgehensweise festgelegt. Dabei wurde darauf geachtet, dass sowohl die Diskussion in den Regionalkonferenzen und Dokumentation der Beispiele aus den Landesnetzwerken als auch die wissenschaftliche Begleitung und Unterfütterung mit Inputs in den Fachforen aufeinander aufbauen und miteinander verknüpft werden. Insbesondere auch die Qualifizierung und Konsolidierung der Landesnetzwerke innerhalb der BAG konnte durch eine fachliche Begleitung und die Schaffung von Anlässen zu einem regelmäßigen Austausch gestärkt werden. Die Steuerungsgruppe stand auch für regelmäßige Reflexionen zu dem Projektfortschritt zur Verfügung.

Vorgehensweise im Überblick – Phase 1
 (Februar - November 2008)



Die erste Projektphase beinhaltete die Vorbereitung und Durchführung der ersten drei Regional-
konferenzen, verbunden mit der Einwerbung und Installation aller Aktionsebenen sowie die Fin-
dung von verbindlichen Kontaktpartnern der Ländernetzwerke. Es wurden Kontrakte geschlossen
zur Bestandsaufnahme und Dokumentation der guten Praxisbeispiele aus den Bundesländern.

Regionalkonferenzen: Austausch und Vernetzung

Die erste Staffel der Regionalkonferenzen wurde vorbereitet und durchgeführt. Die regionale
Zuordnung der Ländernetzwerke wurde von der Steuerungsgruppe der BAG vorgenommen und
beim Auftaktworkshop festgelegt.



Arbeit in den Regionalkonferenzen

Die West- und Ostbundesländer wurden jeweils gemischt nach Lage, Größe und Bevölkerungszahl zugeordnet, um eine Ost-/Weststigmatisierung zu vermeiden. Diese Entscheidung basierte auf der Annahme, dass es historisch unterschiedliche Entwicklungen zu dem Thema „Zivilgesellschaftliches Engagement“, Gemeinwesenarbeit und deren gesellschaftspolitischer Bedeutung gibt und diese Vielfalt abgebildet und diskutiert werden sollte.

Aufteilung der Bundesländer für die Regionalkonferenzen

Nord	Mitte	Süd
Schleswig-Holstein	Thüringen	Sachsen
Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Bayern
Berlin	Saarland	Baden-Württemberg
Mecklenburg-Vorpommern	Nordrhein-Westfalen	
Niedersachsen	Hessen	
Bremen	Rheinland-Pfalz	
Hamburg		

Im Anschluss wurden verbindliche Kontaktpartner in den Ländernetzwerken eingeworben. Die BAG verfügt über eine Vielzahl von Mitgliedern, die als Landesnetzwerke bzw. Landesarbeitsgemeinschaften organisiert sind. In einem BAG-Netzwerktreffen im Februar 2008 in Gelnhausen als Auftakt, durch einen Rundbrief und den Internetauftritt wurde auf das Projekt aufmerksam gemacht. Über mehrere Vorstandssitzungen und der Steuerungsgruppe wurden die verbindlichen Kontaktpartner für die 16 Bundesländer identifiziert, angesprochen und eingebunden.

Auch in den neuen Bundesländern - obwohl schwierig - ist es gelungen, Vertreter und Vertreterinnen zu finden, die sich für die Mitarbeit in dem Modellprojekt bereit erklärt haben. Alle gefundenen Kontraktpartner und Partnerinnen haben sich für die erste Aufgabenerledigung bereit erklärt, obwohl an vielen Stellen die Angst vor weiteren großen Verpflichtungen im Mittelpunkt stand, basierend auf den bisherigen Erfahrungen bei der Mitarbeit in Modell- und Untersuchungsprojekten. „Schon wieder ein Projekt, das uns beurteilen will, schon wieder ein Erhebungs- und Evaluationsinstrument, schon wieder mehr Arbeit neben dem, was wir pflichtgemäß zu erledigen haben“ - so einige Aussagen, unterfüttert mit großen Zweifeln über den echten Nutzen für die Arbeit vor Ort.

Wir haben bewusst die Projektfindung „von unten“ konzipiert, um die Projekte keinem weiteren anonymen Wettbewerb, einer Fragebogenaktion oder einem Preisausschreiben auszusetzen. Die Selbstreflexion der eigenen Praxis, die Ursachenanalyse und Erarbeitung, was für eine gute Praxis

notwendig ist, sollte gemeinsam mit den Kompetenzen der Praktiker vor Ort erarbeitet werden. Das beinhaltet den geplanten Mehrwert für die Akteure selbst und die Verbesserung der praktischen und konzeptionellen Arbeit vor Ort. Nicht zuletzt auch das Prinzip „Vom Besten lernen und selbst profitieren“ ist leitend für das Modellprojekt.

Landesnetzwerke: Entwicklung und Aktivierung

In diesem Prozess sollten die vorhandenen Ländernetzwerke und Bündnisse in sich selbst für das Thema mobilisiert und stabilisiert werden. Wir konnten insbesondere durch die direkte Kommunikation, durch die Vernetzung und Verbindungen, die insbesondere der erste Vorsitzende der BAG durch seine originäre bundesweite Tätigkeit einbringen konnte, verbindliche Kontaktpersonen in allen 16 Bundesländern verpflichten.

Aufgabe der Landesnetzwerke war zunächst, vor den ersten Regionalkonferenzen die gemeinsame Abstimmung zu den Auswahlkriterien entsprechend der Leitfragen vorzunehmen. Danach sollten die ersten Bestandsaufnahmen aus den einzelnen Bundesländern durchgeführt werden. Die Projektvorschläge sollten von den Landesnetzwerken selbst eingebracht werden. Sie sollten gute Praxis aus ihren Arbeitszusammenhängen gemeinsam diagnostizieren und sich zunächst auf möglichst einen Projektvorschlag pro Bundesland einigen. Nach diesem Abstimmungsprozess wurde die Präsentation auf der Regionalkonferenz verabredet. Dieser Abschnitt war neben der Einwerbung aller Aktionsebenen einer der schwierigsten Parts im Projektablauf. Die Landesnetzwerke haben das Einbringen „von unten“ sehr unterschiedlich wahrgenommen und umgesetzt.

Die Erkenntnisse aus den Bundesländern zeigen, dass das Thema Zivilgesellschaftliches Engagement bzw. Beteiligung auf den Aktionsebenen unterschiedlich präsent ist. Dies zeigt sich vor allem länderspezifisch. Festzustellen ist, dass selten Leitbilder, konzeptionelle Verankerungen und Qualitätsstandards für Zivilgesellschaftliches Engagement und Beteiligungsaktivitäten formuliert sind.

Die Landesnetzwerke haben einen unterschiedlichen Organisationsgrad. Manche agieren professionell, andere sind erst im Aufbau befindlich. Dies schlägt sich in der Beteiligung an der Dokumentation und Reflexion von Praxisbeispielen auf Landesebene nieder. Ein Landesnetzwerk dient als fachpolitische Lobby für Gemeinwesenarbeit gegenüber Landes- und Kommunalpolitik. Damit kann eine wichtige Rolle bei der Programmweiterentwicklung und -umsetzung sowie der zivilgesellschaftlichen Aktivierung bei Umsetzung eingenommen werden. Wo Landesnetzwerke

wenig ausgeprägt bzw. im Aufbau befindlich sind, fällt eine übergeordnete Reflexion von guten Praxisbeispielen und somit das Lernen voneinander / der Wissenstransfer schwerer.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V. hat z. B. zuerst eine Projektmatrix nach den Leitfragen erarbeitet, nach der dann die Zuordnung von vorgeschlagenen Projekten vorgenommen werden sollte. Die entwickelte Matrix war die Basis für eine erste Strukturierung der Auswahlkriterien. In einem Brainstorming hat die LAG in einem gesonderten Treffen die Projektvorschläge dieser Struktur zugeordnet. Dieser Prozess war beispielhaft. Gleichzeitig konnte dies nur gesichert werden durch professionelle Mitwirkung der hauptamtlichen Mitglieder der Geschäftsstelle. Die LAG Niedersachsen und Hessen haben je eine Geschäftsstelle mit professionellen Mitarbeitern. Dies gibt es in den anderen Bundesländern nicht.

Als Netzwerkpartner in der Servicestelle der Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt HEGISS hat sich die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. profiliert und dafür gesorgt, dass zivilgesellschaftliche Akteure aus der Gemeinwesenarbeit auf Augenhöhe mitreden können. Ohne die Legitimation durch die Mitgliederversammlung sowie des Vorstands der Landesarbeitsgemeinschaft sah sich auch Hessen nicht imstande, einen Vorschlag einzubringen. Die Angst, bei der Auswahl ein gutes Projekt zu übergehen und im Kreuzfeuer der Kritik zu stehen, hat sich als ein Hemmnis gezeigt, mit dem wir so nicht gerechnet haben.

Für Nordrhein-Westfalen gelang durch das bestehende Städtetz Soziale Stadt NRW die Aufgabenübernahme nach zögerlichen Anläufen. Dort sind alle Städte und Gemeinden vertreten, die sich am NRW-Landesprogramm Soziale Stadt beteiligen.

Mehrere Landesarbeitsgemeinschaften pflegen einen regelmäßigen Austausch und Transfer. Sie haben selbstbewusst und ohne lange Auseinandersetzung Projekte guter Praxis aus ihrer Sicht gefunden und vorgeschlagen, so z. B. Bremen: selbstbewusst deshalb, weil sie davon ausgehen, dass in allen Programmgebieten ihre Strategie der Vernetzung und Aktivierung der Bewohner beispielhaft nachgeahmt werden sollte.

So unterschiedlich der Vernetzungsgrad in den einzelnen Bundesländern ist, so unterschiedlich wurde die Findung (zeitlich und inhaltlich) guter zivilgesellschaftlicher Praxisbeispiele gestaltet. Die meisten Mitwirkenden konnten die Mitarbeit in dem Modellprojekt nur ehrenamtlich und außerhalb ihrer originären Aufgabenerledigung, meist als Quartiersmanager im Stadtteil, erbringen. Viele sind freiberufliche Mitarbeiter oder beauftragte Büros, deren Engagement schon gar nicht bezahlt wird, gleichzeitig wurde die Mitarbeit als Marketingstrategie genutzt.

In Bayern zeigte sich die Umsetzung zunächst schwierig, da es zwar viele Programm-Standorte in Bayern mit aktiver Einbindung und Aktivierung der Bewohnerschaft gibt, aber wenig Vernetzung und Austausch auf Landesebene vorhanden ist. Bisher gibt es in Bayern keine LAG, aber innerhalb einiger Gemeinden oder auch Landkreise formieren sich vielversprechende überörtliche Netzwerktreffen von Quartiersmanagern (z.B. Schwabenwald). Eine landesweite Verständigung darüber, welche Projekte eingereicht werden können, beziehungsweise, wie man sich darüber verständigen kann, fand nicht statt. Jedoch konnte auf anderen Ebenen die aktive Einbindung und Aktivierung der Bewohner in der gelebten Praxis belegt werden. Auf der Ebene von Durchführungsträgern konnten wir fündig werden. Die Diakonie Bayern e.V., die auch als Wohlfahrtsverband auf Landesebene mit ministeriellen Entscheidungsträgern im Gespräch ist, führt in ihrer Trägerschaft mehrere Quartiermanagements durch.

Im Land Baden-Württemberg haben sich die Akteure intensiv mit der Institutionalisierung der Landesarbeitsgemeinschaft als Verein beschäftigt. Im November 2008 wurde die LAG Baden-Württemberg erfreulicherweise als e.V. gegründet. Die konstituierende Vorstandssitzung fand am 20.03.2009 statt. Das zeitliche Engagement in dieser Gründungsphase zeugt von der Bedeutung, die der Konsolidierung der LAG beigemessen wird. In Baden-Württemberg gibt es auch zahlreiche interessante Projekte vor Ort, so dass darüber noch intern abgestimmt wurde und die LAG Baden-Württemberg Projektvorschläge an die BAG einreichen konnte, darunter auch die Gründung der LAG selbst.

In Brandenburg gab es zunächst kein Landesnetzwerk, so dass das Modellprojekt als Vehikel genutzt werden konnte, um sich erstmalig zu treffen. Dort konnte über das Landesministerium für Infrastruktur und Raumordnung die Vorbereitung und Präsentation einer Länderbestandsaufnahme in einem Praktikum gewährleistet werden. Mittlerweile hat sich mit dieser Initialzündung die Landesarbeitsgemeinschaft Brandenburg Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement konstituiert.

Zusammengefasst wurde beim Projektablauf die vielfältige Schlüsselrolle der Landesnetzwerke deutlich, bei der Motivierung und dem Anschub der Projektpartner zur Mitarbeit und zum Erfahrungsaustausch unter Stadtteilakteuren; in Bezug auf die Dauerhaftigkeit und Kontinuität; auch trägerübergreifend zu agieren; als Initial, um Bewohnertreffen zu organisieren, z.B. über die Mobilisierung von Finanzen und Verstetigung, auch außerhalb von Förderkulissen.

Die organisatorische Ausgestaltung auf den Landesebenen reicht abgestuft von der professionellen fachpolitischen Lobby (Hessen, Niedersachsen) über die Konsolidierung von Netzwerk-

strukturen (Baden-Württemberg, NRW, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein, Thüringen) bis zu einem Impuls für die Aktivierung und Verfasstheit (Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt): In den drei Stadtstaaten (Berlin, Bremen, Hamburg) bestehen aufgrund der Bundesland-Stadt-Verflechtung stark ausgeprägte Netzwerke, die auch politische Lobbyarbeit betreiben.

Es gilt, diese Netzwerke in ihren unterschiedlichen Abstufungen und Institutionalisierungsgraden anzuerkennen und sie mit ihren jeweiligen landesspezifischen Entwicklungsspielräumen und Strukturen zu stärken. Sie beleben den Zukunftsdiskurs zur Sozialen Stadt, weil sie wichtige Bündelungsfunktionen der Akteure vor Ort auf der Landesebene übernehmen. Daher ist es essenziell, ihnen beispielsweise bei der Programm- und Verstetigungsdebatte in der Sozialen Stadt Gehör zu verschaffen.

Diskussionsprozess: die beiden Staffeln der Regionalkonferenzen

Für die Regionalkonferenzen konnten freiwillige und verantwortliche Durchführungspartner gewonnen werden. Für Nord hat dies die Johann Daniel-Lawaetz-Stiftung, Hamburg übernommen, für Mitte das Diakonische Werk Worms-Alzey und für Bayern das Diakonische Werk Bayern in Nürnberg. Die Regionalkonferenzen der ersten Staffel waren mit durchschnittlich 20 Personen aus allen Bundesländern jeweils gut besucht. Die Auswahlkriterien wurden diskutiert und konkretisiert sowie eine Checkliste zur besseren Dokumentation der Bestandsaufnahme für die Länder gefordert. Nach der ersten Staffel der Regionalkonferenzen zwischen Juli und Oktober 2008 wurde deutlich, dass noch Überzeugungsarbeit für die vertiefte Darstellung der „guten Beispiele“ und auch eine wissenschaftlich-methodische Unterfütterung für die Auswertung nötig sind.



2. Regionalkonferenz Süd, Nürnberg (E. Becker)

Die Praxisbeispiele aus den einzelnen Ländern wurden in der Regel mit einer Powerpoint-Präsentation erläutert. Aus jedem Bundesland wurde mindestens ein Vorschlag vorgestellt. Manche Bundesländer haben mehrere Praxisbeispiele präsentiert (z. B. Berlin, Rheinland-Pfalz, Hamburg). Die Aufgabe der Regionalkonferenzen war festgelegt. Die Ländervertreter sollten die Auswahlkriterien präsentieren und diskutieren sowie gemeinsam abgestimmte Projektvorschläge pro Bundesland festlegen. Des Weiteren wurden die Verträge für die Dokumentation erarbeitet und das weitere Verfahren und die Zusammenarbeit in den nächsten Projektphasen abgestimmt.



2. Regionalkonf. Mitte, Frankfurt (C. Brandt)



2. Regionalkonf. Nord, Hamburg (P. Gillner)

In der zweiten Staffel der Regionalkonferenzen im Februar/März 2009 wurden die Kategorien vorgestellt, die zuvor auf der Projektbeirat-Sitzung im Januar entwickelt und zur Diskussion gestellt wurden. Eine Grundlage dazu war bereits beim BAG-Fachforum im November 2008 durch den Beitrag von Dr. Sauter gelegt worden (vgl. Kapitel zum BAG-Fachforum). Bei der Projektbeirat-Sitzung wurde ein Thesenpapier von Prof. Dr. Adalbert Evers (Justus-Liebig-Universität Gießen) diskutiert, in dem er zivilgesellschaftliche Praxis zunächst in die wissenschaftliche Debatte einordnete und daraus Kategorien für die Einordnung der eingereichten Praxisbeispiele ableitete. Diese werden im folgenden Abschnitt ausführlich dargestellt.

Kategorienbildung: Gute Praxisbeispiele für zivilgesellschaftliche Aktivierung

Während bereits vorläufige Kategorien für eine Einordnung in der ersten Staffel der Regionalkonferenzen vorgestellt wurden, wurde in der Debatte im Projektbeirat deutlich, dass eine stärkere Verzahnung zwischen der Praxis vor Ort und einer Auswertung auf der Grundlage wissenschaftlicher Kriterien notwendig ist, um die Qualität der Einzelmaßnahmen in einen größeren Kontext transportieren zu können. „Soziale Stadt“ als Beispiel für neue Politikkonzepte und Steuerungsformen unterscheidet sich von traditioneller Planung und Steuerung in der Stadtentwicklung oder

auch der lokalen Sozialplanung und Armutsbekämpfung. Diese Elemente unter dem Gesichtspunkt der zivilgesellschaftlichen Aktivierung stärker hervorzuheben war eine der Ausgangsüberlegungen für die Dokumentation der lokalen Projektbeispiele.



Konstituierende Projektbeirat-Sitzung (C. Brandt)

Daher wurden von Prof. Evers Vorschläge für eine Einordnung der Projektbeispiele in Kategorien entwickelt, die in der Sitzung des Projektbeirats im Januar 2009 vorgestellt und diskutiert wurden.

Vier Kategorien für das Dokumentationsraster (Prof. Dr. A. Evers) mit Kommentierung

1. Vernetzungsprojekte für eine bessere Kooperation von staatlicher / kommunaler Politik mit Gruppen und Trägern vor Ort

Vernetzung (auch auf Landesebene) heißt, Verwaltung und Politik strategisch einzubeziehen - engagierte Lokalpolitiker sind dabei nicht gleichzusetzen mit Parteipolitik. Frage: Gibt es allseitigen Respekt auf einer Augenhöhe?

Politische Institutionen („Rathaus“) und ihre Barrieren bzw. „Barrierefreiheit“ sollen ausgelotet werden: Verfahren die GWA-Landesnetzwerke nach dem Regime des BauGB oder des Sozialgesetzbuchs? Dort ist der zivilgesellschaftliche Ansatz stärker vorhanden als im BauGB. Gelingt eine Mehrressortverantwortlichkeit (Land/Kommune)? Wo gibt es integrierte Entwicklungskonzepte? Wie integriert sind sie?

Wie strategisch ist das Quartiersmanagement angelegt? Gibt es eine aktive Netzwerkstruktur aus Stadtteilakteuren; aber auch Entwicklungspartnerschaften – und somit eine Bewohnerlobby, z.B. die Kirchen?

2. *Beispiele für die Einbeziehung von Adressaten aus der Wirtschaft als lokale Mitbürger („corporate citizens“)*

Die Wirtschaft als Interessengruppe und als Ressource ist meist nur in ihrer öffentlichen Ausprägung präsent: Wohnungswirtschaft bzw. Eigenbetriebe sind im Blick. Hier geht es um die Einbeziehung der Wirtschaft als Mitbürger: als Sponsoren (Ortsidentifikation/Einbettung), Träger der Kofinanzierung oder auch als engagierte Vertretung mit Reputation. Transferproblem: notorische Privatheit der Wirtschaftsbürger; Kultur- und Kommunikationsproblem: unterschiedliche Subkulturen der Wirtschaft / der Verwaltung / der Sozialarbeiter.

Handlungs- und Politikstil sind mehr oder weniger „kooperativ“: Wirtschaftsplanung steht Bündnissen für Familien, Bürgerstiftungen, Jugendplanung, Stadtplanung, Randgruppen (GWA) gegenüber. Ansätze der lokalen Beschäftigung gibt es im Bereich Schule / Jugend / Arbeit.

Kooperations-/Vernetzungs-/Bündelungsansatz im Sozialraum

3. *Stärkung von zivilgesellschaftlichen Beiträgen des Dritten Sektors: Eigenständigkeit, Vielfalt, Vernetzung und Einbindung randständiger Gruppen*

Werden Gruppen und Akteure einbezogen, die a) relativ unabhängig sind und b) integrierend wirken können?

In einem „Ökosystem des Dritten Sektors“ gibt es Gruppen, die Stabilität hineintragen, z.B.: Schulen, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Jugendclubs, AWO. Diese Gruppen sind regional unterschiedlich in ihrer Bedeutung, z.B. zwischen Ost und West.

Beteiligung und Aktivierung gelten als Voraussetzung, um besondere Beteiligungsfähigkeit bei Gruppen (Jugendliche, Ausländer, „Abzuholende“) zu erreichen: Beteiligung ist oft reduziert auf vorgefertigte Aufgaben und „Mitmachprojekte“. „Gute Aktivierungskonzepte“ nehmen Bezug auf: die Selbstorganisation, auf die Entwicklung eines Außenverhältnisses, holen aus dem informellen Dasein und machen Gruppen zu Gruppen mit Status.

Es gilt die Multiplikatorfunktion der Netzwerkakteure zu nutzen. Mit der Gewinnung von Schlüsselakteuren lassen sich Ressourcen identifizieren, Anerkennung schaffen. Der Umgang mit traditioneller Vereinskultur zieht die Öffnung der Gruppen nach innen nach sich. Eine artikulierte Einbeziehung ist notwendig, wie auch Brücken zu bauen (*bridging*), nicht nur mit dem Instrument Kultur – sondern indem um Verständnis und Achtung geworben wird.

4. Kommunikation, Dialog und Öffentlichkeitsschaffung

Stadtteilidentifikation ist die Zukunftsfrage des Stadtteils.

Was sind die Leitthemen und Leitkontroversen im Stadtteil, die „zusammenhalten“? „Offene Dialoge“ schaffen Räume zur Diskussion von strittigen Kern- und Grundfragen, nicht nur das gemeinsame Arbeiten an der Sache. Im Gegensatz dazu führt dies zur „Entpolitisierung“. Die Rolle des Images, von Bildern für den Außen- und den Eigenblick ist wichtig: Wie sehen uns die anderen? Wer sind „wir“? Kommunikation ist der essenzielle Link zwischen Bürger und Verwaltung, zwischen Stadtteil und Gesamtstadt.

Dokumentation der Projektbeispiele

In den Regionalkonferenzen sollen die Leitfragen und Kategorien zur Projekteinordnung vorgestellt und diskutiert werden. Fragestellungen, die von den Projekten bottom-up ausgehend ausgewertet werden sollten, sind z.B.

- Welche Akteure engagieren sich und welche nicht?
- Ist das zivilgesellschaftliche Engagement sichtbar oder nicht?
- Wo sind aktivierende Strukturen und Instrumente?
- Unterschied Aktivierung – Beteiligung
- Ziele und Wirkungen und ihre Reichweite
- Themen und Handlungsfelder in den Projektbeispielen.

Bezogen auf die Auswahl der Praxisbeispiele gab es in den Regionalkonferenzen Diskussionen die dazu führten, die vorgesehene Identifizierung eines Beispiels pro Bundesland zu erweitern bzw. zu fokussieren.

- „Erkenntnisreiche Praxis“ und deren kurze Beschreibung sind demnach besser geeignet als Leuchtturmprojekte.
- Stolpersteine, wie man mit querlaufenden Prozessen und Störungen (z.B. „Querulanten“ in einer Gruppe) umgeht, sind wichtige Hinweise für den Projekterfolg und könnten auch ein Beispiel guter Praxis sein.
- Gründe, warum ein Projekt scheitert, sind wertvoller für den Lernerfolg als Best Practice. Es geht darum, die Spannungsfelder und das Unerwartete herauszustellen. Im Sinne eines

Lernprozesses ist es wichtig, Stolper- und Meilensteine darzustellen und wie mit diesen in der Praxis umgegangen wird.

- Die Probleme sollten zusammen mit den Erfolgen diskutiert werden. In der Checkliste wird zwar nach hinderlichen Faktoren gefragt, diese Frage müsste aber nach Meinung der Regionalkonferenzteilnehmer noch differenzierter betrachtet und ausgearbeitet werden, zum Beispiel mit Hilfe von zugespitzten Fragen: Was steckt dahinter? Was sind Besonderheiten und Unterschiede? Wo gibt es Schwierigkeiten? Wie geht man damit um?

34 verwertbare Projektbeispiele liegen dokumentiert vor. Diese wurden nach der zweiten Staffel der Regionalkonferenzen ausgewertet. Sie wurden den vier Auswertungskategorien des Dokumentationsrasters zugeordnet, um daraus praxisbezogene Handlungsorientierungen zu entwickeln.

Übersicht der eingegangenen Projektbeispiele der Landesnetzwerke

NORD	Eingereichte Projektvorschläge
Schleswig-Holstein	Elmshorn , Haus der Begegnung
Brandenburg	Brandenburg/Havel , Bürgerhaus Höhenstücken
Berlin	Berlin , Nachbarschaftshaus Urbanstraße (NHU) Berlin , SprengelHaus (SpH)
Mecklenburg-Vorpommern	Greifswald , Internationales Kultur- und Wohnprojekt e.V. (IKuWo e.V.)
Niedersachsen	Oldenburg , Kennedyviertel
Bremen	Bremen , Beteiligung konkret - das Prinzip der Bremer Stadtteilgruppen / Lokale Foren
Hamburg	Hamburg , Lurup - Community Field Hamburg , Lenzsiedlung: Queen Mary von Eimsbüttel

MITTE	
Thüringen	Weimar-West , Wir haben den Rost – Sie haben die Wurst
Sachsen-Anhalt	Jugendclub `83 e.V. Steuergruppe des lokalen Bündnisses für Familie in Anhalt-Bitterfeld
Saarland	GemeinWesenArbeit Sulzbach , Netzwerke und Kooperationsstelle Soziale Stadtentwicklung Sulzbach BürgerInnenzentrum Brebach , SIMA-Projekt: „Sozialräumliche Ansätze der Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten in der Gemeinwesenarbeit“ Saarbrücken , Stadtteilbüro Malstatt, CO-Aktion Wilhelm-Meyer-Brücke
Nordrhein-Westfalen	Gelsenkirchen Südost , Gebietsbeirat Gelsenkirchen Bismarck / Schalke-Nord , Öffnung städtischer Kindertageseinrichtung – GElebt Dinslaken , Forum Lohberg Düren Süd-Ost , Nord, Mariaweiler
Rheinland-Pfalz	Ludwigshafen , baff e.V. Chancen für Migrantenkinder Trier-Nord , Wohnungsgenossenschaft am Beutelweg Wormser Süden , Stadtteilbüro
Hessen	LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V. Rüsselsheim , Stadtteilverein Dicker Busch e.V. unter Strom – Die Sonne als Geldgeber für die Stadtteilarbeit Frankfurt-Unterliederbach , Bürgertreff und Stadtteilverein

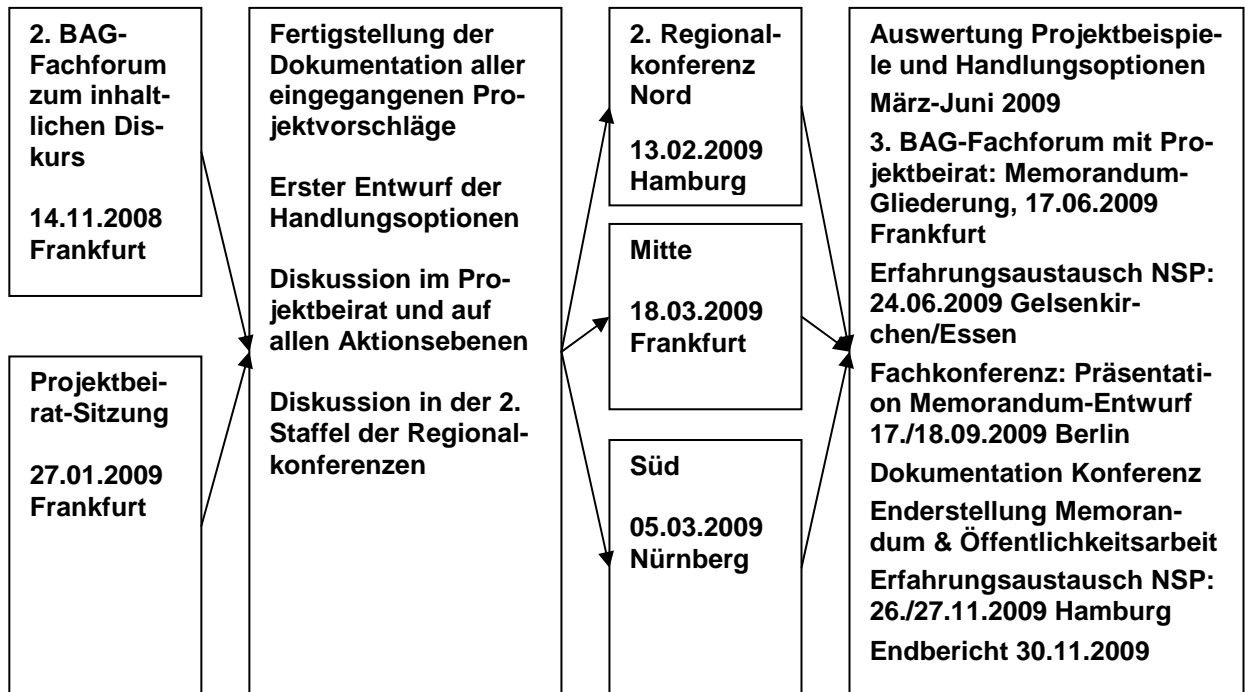
SÜD	
Sachsen	<p>Chemnitz, Bürgerzentrum Stadteingang Leipziger Straße/Limbacher Straße</p> <p>Chemnitz, Stadtteilprojekt Hutholz</p> <p>Zwickau, „Gemeinsam kommunizieren über Kulturgrenzen hinweg – Aufbau eines generationsübergreifenden Migrationszentrums Zwickau (MZZ)“</p> <p>Leipzig, Bürgergärten Lindenau</p>
Bayern	<p>Hof, Diakonie Hochfranken Erwachsenenhilfe, Quartiersbetrieb – Bürgerarbeit – Selbstlernwerkstatt</p> <p>München, Lotsenprojekt „Pontis“, Hasenberg</p>
Baden-Württemberg	<p>LAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit Baden-Württemberg e.V.</p> <p>Freiburg, Forum Weingarten 2000 e.V.</p> <p>Offenburger Stadtteil- und Familienzentren</p> <p>Karlsruhe Oststadt Forum</p>
Gesamt	34 eingereichte Projektvorschläge

Die Projektdokumentation zur „Erkenntnisreichen Praxis“ wurde in einem separaten Teil 2 des Endberichts vorgelegt.

Fachlich-konzeptionelle Entwicklung und Wegbereitung des Memorandums

Der zweiten Staffel der Regionalkonferenzen waren das BAG-Fachforum im November 2008 sowie die Sitzung des Projektbeirats vorausgegangen. Dort wurden bereits übergeordnete Überlegungen zu den Anforderungen an ein zu erstellendes Memorandum angestellt.

Die Vorgehensweise im Überblick November 2008 bis November 2009 (Projektende)



Beteiligung in der Sozialen Stadt: das 2. BAG-Fachforum

Am 14. November 2008 fand das 2. BAG-Fachforum statt. Dr. Matthias Sauter, Institut für Stadtteilentwicklung und Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität Duisburg-Essen, hielt das Hauptreferat: „Zivilgesellschaftliches Engagement in der Sozialen Stadtentwicklung: Pflicht oder Kür? Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für eine gelingende Kür“.

In seinem Vortrag ging er auf vier Kernelemente ein.

1. Themeneingrenzung Engagement/Beteiligung in der Sozialen Stadt
2. Engagement/Beteiligung auf der operativen Ebene
3. Engagement/Beteiligung auf der politisch-strategischen Ebene
4. Perspektiven für mehr Engagement/Beteiligung in der Sozialen Stadt

Die Programmatik der Sozialen Stadt sieht zur Bürgermitwirkung im Stadtteilleben Folgendes vor: „Im Falle der vom sozialen Abstieg bedrohten Stadtteile (...) wird es zum zentralen Anliegen der Stadtteilentwicklung, das eigenständige Stadtteilleben wieder aufzubauen, den sozialen Verbund wieder herzustellen und das Zusammenleben im Quartier zu fördern, alle vorhandenen örtlichen Potenziale zu stärken und die Bewohnerinnen und Bewohner zu motivieren, in Initiativen und Vereinen mitzuwirken und sich dauerhaft selbst zu organisieren. So soll erreicht werden, dass die Stadtteile schrittweise wieder als Gemeinwesen funktionieren.“ (aus: ARGEBAU (2005): Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“, Stand: 29.08.2005, Kap. 3.1)

„Die Förderung von Eigeninitiative und bürgerschaftlichem Engagement ist ein zentraler Bestandteil des Programms. Die Bereitschaft der Menschen vor Ort, Verantwortung für gemeinschaftliche Anliegen zu übernehmen, soll gefördert werden, vorhandene ehrenamtliche Organisationen wie Vereine oder Stiftungen sollen verstärkt für die Belange der Quartiere interessiert und eingebunden werden. Dabei ist sowohl die Gruppe der älteren Menschen als auch die Gruppe der Zuwanderer stärker einzubinden. Beide stellen ein wachsendes Potenzial für ehrenamtliches Engagement dar.“ (aus: Freie und Hansestadt Hamburg / Stadtentwicklungsbehörde (Hg.) (2005): Aktive Stadtteilentwicklung, Das Programm, Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft, Drucksache 18/2127, 18.Wahlperiode vom 19.04.2005, Hamburg, S. 4)

Kernelemente der Soziale Stadt-Programme sind folgende: Integriertes Handlungskonzept als Arbeitsgrundlage, Ressortübergreifende Bündelung von Fördermitteln, Dezentrale Projektsteuerung / „Stadtteilmanagement“, Vernetzung der lokalen Akteure/„Lokale Partnerschaften“ und die *Aktivierung und Beteiligung der Bewohnerschaft* (i.d.R. Einrichtung eines Sonderprojektes der Verwaltung).

Sauter beschreibt zwei Zugänge zur Engagement-/Beteiligungsdiskussion, die unterschiedliche Blickwinkel und Ebenen einbeziehen: zum einen Engagement/ Beteiligung im engeren Sinne mit der Konzentration auf operative und methodische Fragen auf der Ebene der Programmgebiete, zum anderen Engagement/Beteiligung im weiteren Sinne, bei der die Verortung in einem übergreifenden theoretischen und gesellschaftspolitischen Diskurs im Vordergrund steht.

Zugang A: Engagement/Beteiligung im engeren Sinne

Was muss konkret getan werden, um das Engagement bzw. die Beteiligung der Bewohner/innen in den Sozialen Stadt-Gebieten zu verbessern? Eine möglichst umfassende Beteiligung bei der

Programm- und Projektumsetzung ist für die Bewohnerschaft grundsätzlich positiv und notwendig. Daraus ergibt sich eine Konzentration der Engagement-/Beteiligungsdiskussion auf operative und methodische Fragen auf der Ebene der einzelnen Programmgebiete.

Als Methoden und Instrumente stehen hier zur Verfügung:

Aktivierung: z.B. aktivierende Befragungen, Beratungsangebote, aufsuchende Arbeit, Streetwork, Organisation von Versammlungen, Festen und Aktionen

Beteiligung: z.B. Stadtteilkonferenzen, Stadtteilforen, thematische Arbeitskreise oder -gruppen, Workshops und beteiligungsorientierte Projekte, Quartiers- und Verfügungsfonds

Die Gefahren einer „engeren“ Engagement-/Beteiligungsdiskussion sind aus Sauters Sicht:

- Reduzierung der Beteiligungsthematik auf methodische Aspekte
- Isolierte „End-of-pipe“-Lösungen (für übergeordnete Problemlagen!)
- Vernachlässigung von wichtigen gesellschaftspolitischen Kontextfaktoren
- Überforderung der lokalen Akteure und der Bewohnerschaft

Zugang B: Engagement/Beteiligung im weiteren Sinne

Welche Funktionen haben programm- und projektbezogene Beteiligungsansätze aus Sicht des lokalen Staates (Politik und Verwaltung)? Beteiligungsansätze im Kontext der Sozialen Stadt sind für die Bewohnerschaft weder positiv noch negativ an sich, sondern sie sollen wichtige politisch-strategische Funktionen erfüllen. Daher verortet sich die Engagement-/Beteiligungsdiskussion in einem übergreifenden staatstheoretischen und gesellschaftspolitischen Diskurs über die Leitbilder des „Aktivierenden Staates“ und der „Bürgerkommune“.

- Das Leitbild des „Aktivierenden Staates“ (derzeit Übergang zum Leitbild des „Gewährleistungsstaates“)

Unter einem aktivierenden Staat wird „ein Staat verstanden, der zwar an einer umfassenden öffentlichen Verantwortung für gesellschaftliche Aufgaben festhält, der jedoch nicht alle Leistungen selbst erbringen muss. Seine Aufgabe ist vielmehr, die Gesellschaft (...) zu aktivieren, zu fordern und zu fördern, sich selbst als Problemlöser zu engagieren.“ (aus: Bandemer, Stephan

von; Hilbert, Josef (1998): Vom expandierenden zum aktivierenden Staat; in: Bandemer, Stephan von u.a. (Hg.): Handbuch zur Verwaltungsreform, Opladen, S. 29)

▪ Das Leitbild der „Bürgerkommune“

"Im Einzelnen geht es bei dem Modell der Bürgerkommune um die Erhöhung der Effektivität und der Akzeptanz des politisch-administrativen Handelns, um die Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit zur Stärkung persönlicher Netzwerke, um die Entlastung der kommunalen Haushalte durch die Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in die Aufgabenerfüllung und nicht zuletzt um eine stärkere Beteiligung der Bürger an der demokratischen Willensbildung." (aus: Winkel, Olaf (2003): Bürgerkommune und New Public Management in der kommunalen Selbstverwaltung; in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, 42. Jg., Band I/2003, S. 100)

Die Beteiligungsansätze in der Sozialen Stadt enthalten positive Elemente wie die Schaffung eines Wir-Gefühls in den Programmgebieten, Beteiligung an der Organisation von Stadtteilsten und die Mitarbeit in lokalen Initiativen und Gremien oder bei der Herausgabe von Stadtteilzeitungen.

Als problematisch zählt Sauter auf, dass nur selektive soziale Gruppen erreicht werden („Mittelschichtorientierung“), benachteiligte Gruppen, v. a. Migranten, schlecht erreichbar sind und in Einzelprojekten die Kontinuität der Beteiligungsprozesse kaum gewährleistet werden kann. Neben dem geringen Umfang eines (dauerhaften) bewohnerschaftlichen Engagements droht auch eine Überforderung der wenigen Engagierten.

Ursachen für die Schwächen der Beteiligungsansätze liegen für Sauter in folgenden Faktoren:

1. Halbherzige/widersprüchliche Haltung von Politik und Verwaltung
2. Fehlende Passgenauigkeit der Beteiligungsansätze in Bezug auf die spezifischen Sozialstrukturen und Problemlagen in den Gebieten (Arbeitslosigkeit, Armut, Bildungsbenachteiligung, Heterogenität etc.)
3. Unzureichende Durchführungsstrukturen der Stadtteil-Programme („Sonderprojekte“ jenseits der Regelstrukturen der Verwaltung)
4. Fehlende Nachhaltigkeit der Erneuerungsprozesse („Strohfeuer-Effekte“ aufgrund der Befristung der Aktivitäten)

Welche Anregungen ergeben sich daraus für die Engagement-/Beteiligungsdiskussion?

- *Die Engagement-/Beteiligungsthematik vom Kopf auf die Füße stellen!* Nicht versuchen, das Engagement benachteiligter Bevölkerungsgruppen für eine verstärkte Übernahme öffentlicher Aufgaben zu funktionalisieren, sondern die Interessen der Bewohner/innen achten und deren Selbstorganisation stärken.
- *Vor Ort: realistisch bleiben!* Kleine Erfolge würdigen und eine Überforderung der Bewohner/innen vermeiden (Grenzen der Beteiligung in benachteiligten Stadtgebieten akzeptieren)
- *Gesamtstadt: Rahmenbedingungen verbessern!* Die integrierte Stadtteilentwicklung inkl. der Stärkung bewohnerschaftlicher Strukturen muss vom Sonderprojekt zur Regelaufgabe der Kommunen werden.

Sauter plädiert für eine Perspektivenerweiterung: Die Stabilisierung benachteiligter Stadtgebiete und die Stärkung bewohnerschaftlicher Selbstorganisation ist i.d.R. eine Daueraufgabe ohne Dauerlösung, die erhebliche staatliche Unterstützung erfordert.

- A. Politische Prioritätensetzung für eine neue Soziale-Stadt-Politik
- B. Sozialraumorientierung der relevanten Verwaltungsressorts
- C. Ebenenübergreifendes Organisationsmodell für die Soziale Stadt
- D. Monitoring- und Evaluationssysteme auf gesamtstädtischer Ebene
- E. Interkulturelle Öffnung sämtlicher Regelstrukturen und -einrichtungen
- F. Lokale Partnerschaften mit privaten Akteuren („Urban Governance“)

Kategorien zur weiteren Auswertung: die 2. Projektbeirat-Sitzung

Bei der zweiten Sitzung des Projektbeirats in Frankfurt/Main im Januar 2009 wurde über die konzeptionelle Einbettung des Modellprojekts diskutiert. Prof. Evers war beauftragt worden, als Diskussionsgrundlage ein Thesenpapier zu den Perspektiven und Kriterien für die Beispiele guter zivilgesellschaftlicher Praxis einzubringen. Darin wurden die im Kapitel „Kategorienbildung“ ausführlich dargestellten Kategorien vorgestellt, die hier noch einmal im Überblick zusammengefasst sind.

Vier Kategorien zur Auswertung der Beispiele

1. Vernetzungsprojekte für eine bessere Kooperation von staatlicher / kommunaler Politik mit Gruppen und Trägern vor Ort
2. Beispiele für die Einbeziehung von Adressaten aus der Wirtschaft als lokale Mitbürger („corporate citizens“)
3. Stärkung von zivilgesellschaftlichen Beiträgen des Dritten Sektors: Eigenständigkeit, Vielfalt, Vernetzung und Einbindung randständiger Gruppen
4. Kommunikation, Dialog und Öffentlichkeitsschaffung

Aus dem Punkt Kommunikation und Öffentlichkeit entstand die Frage, wo eine zivile Kraft entstehen kann. Es reiche nicht aus, Flyer o.ä. in andere Sprachen zu übersetzen, sondern die Angebote müssen ansprechend sein. Da zivilgesellschaftliches Engagement bisher die größte Beteiligung in der deutschen Mittelschicht findet, ist in manchen Regionen auch „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (Heitmeyer) zu finden. Aussagen wie: „Schon wieder Kurse für Ausländer (...)“ sind ein gutes Beispiel dafür, dass auch engagierte Bewohner nicht automatisch zivil sind. Allerdings gibt es auch vielerorts Angebote, die sich nicht nur auf eine spezielle Zielgruppe beziehen, so zum Beispiel Deutschkurse von der Universität für Migranten und Deutsche, die schlecht Deutsch sprechen. Um diese Netzwerke zu erfassen (das Projekt im Beispiel hat persönlichen Kontakt zu Universität, wodurch der Deutschkurs zustande kam), fehlt es in der Dokumentation an Rastern. Gerade die Frage der Beteiligung der schlecht zu Aktivierenden, jenseits der Mittelschicht, die mit niedrigschwelligen Angeboten erreicht werden müssen, ist eine Hauptproblematik. Die Vermutung, dass es viele informelle Kontakte gibt, die gar nicht erfasst werden, aber von Bedeutung für den Projekterfolg sind, liegt nahe. Auf diese Netzwerke und „blinden Flecke“ sollte in der zweiten Staffel der Regionalkonferenzen genauer eingegangen werden.

2.5 Berliner Memorandum „Zivilgesellschaftliche Netzwerke in der Sozialen Stadt stärken!“

Die Endfassung des Berliner Memorandums „Zivilgesellschaftliche Netzwerke in der Sozialen Stadt stärken!“ wurde mit der Auswertung der Kommentare und Anregungen bei der BAG-Fachkonferenz in Berlin im September 2009 überarbeitet. Das Memorandum wurde in einem separaten Dokument im November 2009 veröffentlicht. Zunächst wird das Memorandum im Wortlaut wiedergegeben, anschließend wird die Herleitung aus der Querschnittsbetrachtung der

Erkenntnisreichen Praxis sowie der Überlegungen im Projektbeirat und bei der Fachkonferenz dokumentiert.

Wortlaut des Berliner Memorandums

Mit dem Berliner Memorandum sollen Brücken gebildet werden zwischen den Diskursen zur Stadtentwicklungspolitik und zur Gemeinwesenarbeit vor Ort. Die weitere Aktivierung von zivilgesellschaftlichem Engagement im breiteren Verständnis eines zivilen Zusammenwirkens stellt ein entscheidendes Element dar. Zentrale Nachhaltigkeitsgarantien sind dabei zu berücksichtigen: stabile lokale Entwicklungspartnerschaften, eine kontinuierliche Ressourcenbündelung, ein verlässliches „kooperatives Quartiermanagement“.

Das geplante andere Zusammenwirken fordert alle Akteure in allen Sektoren und auf allen Ebenen: die öffentliche Hand, die Bürger und Bürgerinnen selbst, die Wirtschaft; auf der lokalen Stadtteilebene, in der Stadt und in der Region, auf Landesebene, auf Bundesebene und auch europäisch. Dafür werden Vorbilder und gute Beispiele gebraucht, von denen es etwas zu lernen gibt. Ohne die nicht nur operative, sondern auch strategische Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure (auf Steuerungs- und Umsetzungsebene) wird es keine nachhaltige Wirkung in der sozialen Stadtentwicklung geben können. Die Nutzung und weitere Aktivierung bereits bestehender Bewohnerinitiativen wird es notwendig machen, die erfolgreichen Ansätze zu verstetigen und strukturell abzusichern, denn sie soll einen Beitrag zur Stärkung des Zusammenhaltes im Gemeinwesen leisten.

Die Phase der Sonderförderung der Sozialen Stadt ist als Chance für gezielte Aufmerksamkeit, Förderung und Unterstützung zu sehen. Der Politikansatz muss jedoch weiter ausgebaut und verstetigt werden. Dafür setzt sich die BAG ein!

Es kommt der BAG als Ergebnis des Projektes „Aktivierung der Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt“ vor allem auf folgende Forderungen an:

1. Lebensverhältnisse verbessern

Oberstes Ziel der sozialen Stadtentwicklung ist die Verbesserung der Lebensverhältnisse und die Bewältigung von Alltagsproblemen der Menschen in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf. Das betrifft vor allem die Handlungsfelder Wohnen, Bildung, Beschäftigung und Inklusion. An diesem Ziel müssen sich alle Maßnahmen messen lassen.

2. Integrierte Handlungskonzepte und lokale Aktionspläne ausbauen

Die oben genannten Ziele sind nur zu erreichen, indem alle Beteiligten an einem Strang ziehen und über Programmzeiträume hinaus denken. Das gelingt durch abgestimmte integrierte Handlungskonzepte und lokale Aktionspläne, die auch den gesamtstädtischen Kontext berücksichtigen. Sie sind Voraussetzung für eine integrierte und nachhaltige Stadtentwicklung. Investive und nicht investive Maßnahmen sind dabei verstärkt zu verknüpfen.

3. Zivilgesellschaftliche Netzwerke aufbauen und Engagement aktivieren

Zur Inklusion von Stadtteilen bzw. Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf – dies sind nicht nur die Soziale Stadt-Programmgebiete – in die Stadt- bzw. in die regionale Gesellschaft ist die Existenz und Handlungsfähigkeit zivilgesellschaftlicher Netzwerke vor Ort notwendige Bedingung. Zivilgesellschaftliches Engagement zur Entwicklung von benachteiligten Stadtteilen braucht die besondere Aufmerksamkeit von Politik, Verwaltung und Wirtschaft sowie starke Partner: Kirchen und Glaubensgemeinschaften, Träger der Wohlfahrtspflege, Verbände und Stiftungen. Damit kann die Anschlussfähigkeit an soziale, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklungen gewahrt werden. Stärkung von zivilgesellschaftlichem Engagement kann staatliches Handeln aber nicht ersetzen. Ziel sind stabile, dauerhafte, verlässliche und belastbare Entwicklungspartnerschaften.

4. Plattformen und Politikzugänge für bürgerschaftliche Interessenartikulation und -durchsetzung aufbauen

Es bedarf beim Aufbau von Arbeitsstrukturen zur Identifizierung und Aktivierung von bürgerschaftlicher Initiative im Gemeinwesen gezielter Unterstützung, z.B. im Rahmen von Gemeinwesenarbeit und Community-Organizing. Gruppen- und anlassbezogene Einzelinteressen können so gebündelt und als gemeinsame Belange dargestellt werden. Bewohner- und Bürgerinitiativen können sich als Lobby Politikzugänge verschaffen. Demokratisch legitimierte Quartiersbeiräte sind mögliche Formen, um über Belange des Quartiers abzustimmen. Sie sind mit einem Verfügungsfonds bzw. Bürgerbudget auszustatten. Für besonders benachteiligte und bildungsferne Gruppen im Gemeinwesen müssen spezifische Beteiligungsmöglichkeiten angeboten werden.

5. Quartiermanagement mit der Kompetenz der Gemeinwesenarbeit dauerhaft sichern

Ohne ein dauerhaftes und verlässliches Quartiermanagement und die spezifische Einbindung der Gemeinwesenarbeit sind die Erfolge der sozialen Stadtentwicklung in Stadtteilen mit besonderem

Entwicklungsbedarf nicht zu sichern. Gemeinwesenarbeit bringt ihre besondere Kompetenz im Umgang mit benachteiligten Gruppen und in der Netzwerkarbeit ein. Sie fördert Vertrauen, Anerkennung und Wertschätzung gegenüber solchen Menschen im Gemeinwesen, denen häufig nichts zugetraut wird und die sich selbst wenig zutrauen. Sie fördert den Aufbau von Selbstbewusstsein und erschließt die Ressourcen der Benachteiligten, denn alle können etwas! Sie fördert die interkulturelle Öffnung im Quartier. Die Arbeit in benachteiligten Stadtteilen kann nicht ausschließlich auf befristeter Projektarbeit aufbauen. Sie braucht zur Verstetigung auch verlässliche institutionalisierte Strukturen.

6. Freie Wohlfahrtspflege als Träger der Gemeinwesenarbeit profilieren

Die Träger der freien Wohlfahrtspflege, die bisher häufig aus fachlicher Sicht agieren, sind wichtige Akteure vor Ort. Sie können jedoch noch stärker entsprechend dem Sozialraumprinzip agieren – etwa bereichsübergreifende und integrierte Dienste anbieten – und sich zu kontinuierlichen Trägern der Gemeinwesenarbeit entwickeln. Mit ihren bereits vorhandenen Strukturen und Einrichtungen können sie im Verstetigungsprozess eine wichtige Rolle spielen. Beim Knüpfen von brückenbildendem Kapital (*bridging capital*) können sie als zivilgesellschaftliche Akteure eine zentrale Funktion übernehmen. Als Ergänzung von mancherorts eingeführten Sozialraumbudgets können sie zusätzliche Ressourcen erschließen (Sponsoren, Stiftungen, Spenden etc.).

7. Lokale Ökonomie entwickeln und stärken

Der Ausbau der lokalen Ökonomie ist beschäftigungspolitisch sowie für eine Stabilisierung und Integration benachteiligter Stadtteile wichtig. Die Kooperation wirtschaftlich orientierter Entwicklungspartnerschaften und sozial orientierter Netzwerke der Quartiersentwicklung ist auszubauen. Kommunale Wirtschaftsförderung und Sozialressorts müssen insbesondere in benachteiligten Sozialräumen verstärkt kooperieren. Maßnahmen und Programme in den Bereichen Wohnen und Wohnumfeld, Beschäftigung und Wirtschaft, Integration von Zuwanderern sind ressortübergreifend zu verzahnen und auf Quartiersebene zu integrieren. Arbeitsmarktförderung und Eingliederungsprogramme sind zukünftig sozialraum- und gemeinwesenbezogen zu organisieren, um den volkswirtschaftlichen Nutzen nicht nur individuell, sondern auch strukturell zu gestalten.

8. Zentren und Räume für eine engagierte Zivilgesellschaft schaffen

Zivilgesellschaft wird als Bestandteil und Ressource der Stadtentwicklung an Bedeutung zunehmen. Zivilgesellschaftliches Engagement braucht zu seiner Entfaltung Anlässe und Gelegenheiten sowie Räume und lokale Zentren. Beispiele dafür sind Stadtteilbüros als niedrigschwellige An-

laufstellen und Treffpunkte vor Ort, die Entwicklung von Kindertagesstätten als Familienzentrum oder Stadtteilschulen sowie von Bürger- und Nachbarschaftshäusern.

9. Öffentlichkeit für zivilgesellschaftliches Engagement herstellen

Die Bereitschaft zum vielfältigen Engagement erhält noch zu wenig Aufmerksamkeit nach innen und außen. Öffentliche Debatte und Dialog dienen der Stärkung von demokratischer Öffentlichkeit und sind Voraussetzung für eine faire und zivile Auseinandersetzung auf Augenhöhe. Vielfältige Formen von Öffentlichkeit für den Stadtteil bzw. das Quartier und darüber hinaus – wie z.B. Stadtteilzeitungen, Informationsveranstaltungen, Feste – sind nachhaltig zu fördern und zu unterstützen.

10. Überregionale Vernetzung unterstützen

Nicht nur auf der lokalen Ebene sind zivilgesellschaftliche Netzwerke und nachhaltige Strukturen aufzubauen. Überregionale Netzwerke wie Landesarbeitsgemeinschaften sowie die Bundesstruktur der BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit sind wichtige Organisationsstrukturen zum Erfahrungsaustausch und zur Qualifizierung und Weiterentwicklung der Ansätze der Sozialen Stadt und der Gemeinwesenarbeit. Diese sind zu fördern und dauerhaft zu sichern.

Redaktionsteam

Es wurde ein Redaktionsteam für das Memorandum aus BAG-Vorstandsmitgliedern unter Einbeziehung einer Expertin zum Themenfeld Migration/Integration gebildet, das in der BAG-Transferstelle koordiniert wurde.

Heike Binne, BAG-Vorstand, Soziale Stadt- und WiN-Standorte Bremen, Quartiermanagerin Bremen-Lüssum

Frederick Groeger-Roth, BAG Vorstand, LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V., Hannover

Tobias Habermann, BAG-Vorstand, Vorstand LAG Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit Sachsen e.V., Quartiersmanagement Leipziger Westen, Leipzig

Jürgen Maier, BAG-Vorstand, Vertreter der Kerngruppe des Landesnetzwerks Soziale Stadtentwicklung und GWA Rheinland-Pfalz, Quartiermanager Wormser Süden, Diakonisches Werk Worms-Alzey

Dr. Petra Potz, BAG-Transferstelle, location³, Berlin (*Koordination*), Lektorat: *Lutz Meltzer*, Chefredakteur der Zeitschrift *RaumPlanung*, Dortmund

Karin Schmalriede, BAG-Vorstand, Vorstand der Johann Daniel Lawaetz-Sitzung, Hamburg

Reinhard Thies, BAG-Vorsitzender, Servicestelle Soziale Stadt beim Diakonischen Werk der EKD e.V., Berlin

Unter Einbeziehung von: *Veronika Kabis*, Zuwanderungs- und Integrationsbüro der Landeshauptstadt Saarbrücken

Hintergrund und Rolle des Memorandums

Das „Berliner Memorandum“ (nach der Vorstellung auf der in Berlin stattgefundenen BAG-Fachkonferenz im September 2009 wurde es so genannt) dient der Profilierung und der Vergewisserung über die Bedeutung und den Stellenwert von Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadtentwicklung. Im Rahmen des Modellprojektes konnte sich die BAG quantitativ und qualitativ weiter entwickeln; dies ist bereits ein positives Ergebnis des Projektes: Es steht somit ein bundesweites zivilgesellschaftliches Netzwerk von Praktiker/innen der Stadtteilarbeit zur Verfügung, das auf einem breiten Fundament verbandspolitische Empfehlungen vorlegen kann.

Das Memorandum nimmt sowohl die Ergebnisse der Regionalkonferenzen und damit die Erfahrungen aus den Projekten vor Ort und der erkenntnisreichen Praxis, die in Teil 2 des Endberichts dokumentiert ist, als auch die fachlich-strategischen Überlegungen des Projektbeirats auf und entwickelt sie zu Handlungsempfehlungen weiter, die gleichermaßen exemplarische Praxis wie auch verallgemeinerbare Perspektiven darstellen. Damit bildet es eine Brücke zwischen theoretisch-wissenschaftlichem Diskurs zur Stadtentwicklungspolitik und praxisorientierter Ansätze der Gemeinwesenarbeit vor Ort. Die Rolle der Gemeinwesenarbeit begründet sich wesentlich über ihre Aufgaben im Rahmen einer Stärkung der zivilgesellschaftlichen Strukturen in der Entwicklung benachteiligter Stadtteile. Daraus folgt: Zivilgesellschaft wird als integrativer Bestandteil und Ressource der Stadtentwicklung an Bedeutung zunehmen. Die Definition von Qualitätsstandards für zivilgesellschaftliches Engagement und Beteiligungsaktivitäten wird wichtiger werden.

Handlungsfelder

Unterschiedliche fachliche Zugänge müssen miteinander stärker kommunizieren. Speziell in den Programmgebieten und Maßnahmen der Sozialen Stadt, die auf Kooperation und veränderte Verhaltens- und Kooperationsmuster aller Beteiligten angewiesen sind, sollten vor diesem Hintergrund im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung und Verstetigung zivilgesellschaftliche Orientierungen vor allem in den folgenden vier Handlungsfeldern gestützt werden.

Bürgernetzwerke stärken in ihrer Eigenständigkeit und Vielfalt, insbesondere bei der Vernetzung und Einbindung benachteiligter Gruppen

Gemeinwesenarbeit in Politik und Verwaltung verankern

Wirtschaft für das Gemeinwesen gewinnen, z.B. als lokalen Mitbürger (corporate citizens)

Dem Gemeinwesen eine Stimme geben: Kommunikation und Öffentlichkeit schaffen

Dabei gelten als Schlüsselakteure für die Verstetigung diejenigen, „die vor der Phase des Förderprogramms den Stadtteil gestaltet haben und die es nach der Phase der Sonderförderung weiter tun werden“ – Bürgerinnen und Bürger, soziale Einrichtungen, Träger und Netzwerke, die lokale Wirtschaft, die zuständigen Verwaltungen und die Politik.

Im Berliner Memorandum „Zivilgesellschaftliche Netzwerke in der Sozialen Stadt stärken!“ wurden Handlungsanforderungen zu den oben genannten vier Handlungsfeldern entwickelt, die sich an unterschiedliche Adressaten richten und im Folgenden kurz skizziert werden sollen.

1. Bürgernetzwerke in ihrer Eigenständigkeit und Vielfalt stärken, insb. bei Vernetzung und Einbindung benachteiligter Gruppen

- Schwierig zu beteiligende Gruppen (z.B. jüngere Menschen, bildungsferne Gruppen, ethnische Minderheiten)
- Differenzierte aktivierende und identifikationsfördernde Maßnahmen
- Vertrauen und Anerkennungskulturen entwickeln, Wertschätzung aufbauen für unterschiedliche Ressourcen
- Etablierte Strukturen für Anliegen und bestehende Kommunikationsformen und Ressourcen der benachteiligten Gruppen öffnen
- Nicht nur diese sind zu „aktivieren“, Institutionen sind es auch.

2. Gemeinwesenarbeit in Politik und Verwaltung verankern

- Stadtentwicklung ist ein wichtiges Aktionsfeld für Zivilgesellschaft.
- Strategisches *gemeinsames* Agieren mit den stadtentwicklungsrelevanten Akteuren

- Der Kernansatz der Gemeinwesenarbeit ist Bürgerbeteiligung und *Empowerment* von Bürger/innen.
 - Initiative zur Selbsthilfe im Sozialraum durch Politik, Verwaltung und freie Träger wahrnehmen, professionell unterstützen
 - Die Engagementförderung in der Sozialen Stadt läuft modellhaft, befristet, über Projekte ab. Dauerhafte, verlässliche und belastbare Strukturen für Akteure in Stadtteilen sind darüber hinausgehend zu schaffen.
- 3. Wirtschaft für das Gemeinwesen gewinnen, z.B. als lokale Mitbürger (*corporate citizens*)**
- Lokale Ökonomie stärken: für Konsolidierung und Integration sowie beschäftigungspolitisch wichtig
 - Wirtschaftsakteure neben kommunaler Wirtschaftsförderung in Sozialressorts stärker einbinden
 - Wohnungswirtschaft als starken Partner in den Quartieren einbeziehen
 - Maßnahmen und Programme in den Bereichen Wohnen und Wohnumfeld, Beschäftigung und Wirtschaft, Integration von Zuwanderern ressortübergreifend verzahnen und auf Quartiersebene integrieren
- 4. Dem Gemeinwesen eine Stimme geben: Kommunikation und Öffentlichkeit schaffen**
- Bürgerschaftliche Organisationen, Verbände, Kirchen, Parteien und andere zivilgesellschaftliche Akteure in benachteiligten Gemeinwesen stärker einbeziehen
 - Anlässe und strukturelle Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten schaffen: Bereitschaft zur „Ermutigung“ zum *Empowerment* und zur Machtdelegation wecken
 - Landesnetzwerke (wie in der BAG) für strategischen Umgang mit Engagement einsetzen: sie dienen der fachlichen Begleitung, der Schaffung von Anlässen, dem regelmäßigen Austausch und können Einfluss auf Programmebene nehmen.



BAG-Fachkonferenz Berlin, September 2009 (P. Potz)

2.6 Bewertung und kritische Selbsteinschätzung

Im Vorfeld der zweiten Staffel der Regionalkonferenzen, die wie ursprünglich terminiert durchgeführt wurden, wurden die bis dahin eingereichten Checklisten auf ihren Gehalt bzw. Vollständigkeit geprüft. Erst in der zweiten Staffel der Konferenzen, bei der die Auswertungskriterien vorgestellt und diskutiert wurden, gelang es zu kommunizieren, welchen wichtigen Stellenwert die Praxisdarstellungen für das Projekt und die Entwicklung der Handlungsanforderungen haben. Mit Nachmeldungen und vertiefenden und erklärenden Einzelgesprächen bis Anfang April gelang dann eine Abdeckung von Beispielen aus dem gesamten Bundesgebiet.

Die Probleme bei der fristgerechten Einreichung der Dokumentation der Praxisbeispiele verschiedenster Ländervertreter führten zwar zu Verzögerungen bei der Auswertung, waren aber auch Anlass für ausführliche Zieldiskussionen in den Konferenzen, die sich als notwendig und klärend herausstellten. Daneben wurde auch die Bedeutung eines funktionierenden Landesnetzwerks für die Bündelung und Kommunikation von Erfahrungen vor Ort auf politisch-strategischer Ebene deutlich (vgl. Kapitel 2.4 Landesnetzwerke). Die Funktion der Zusammenkünfte auf allen Aktionsebenen war nicht nur der Blick über den Tellerrand; sie zeichneten sich bereits als Ort für Lösungsstrategien für die eigene Praxis ab. Der Stellenwert der gemeinsamen Reflexion und der kollegialen Beratung ist bedeutungsvoller für die lokalen Akteure als ursprünglich eingeschätzt.

3. Kommunikations- und Kooperationsprozess, Öffentlichkeitsarbeit

Den Kommunikations- und Kooperationsprozess steuern der BAG-Vorstand und die Transferstelle. Durch regelmäßige Vorstandssitzungen, Netzwerktreffen und Mitgliederversammlungen der BAG erfolgt der notwendige Wissenstransfer in den Untergliederungen der BAG und weiteren Netzwerken nach unten.

- Die zeitnahe Information über den Projektfortschritt, die Diskussion und Abstimmung bei problematischen Projektabschnitten erfolgt ebenso in diesem Kommunikationszusammenhang. Gleichzeitig wird der Zusammenhang zur Sensibilisierung des Themas sowie zur Stabilisierung und Mobilisierung der Landesnetzwerke selbst genutzt. Rundbriefe, Organigramme und Besprechungen vor Ort ergänzen die Kommunikation zum Transport der einzelnen Arbeitsschritte und Projektphasen.
- Alle wichtigen Materialien zu dem Modellprojekt sind auf der Homepage der BAG (www.bagsozialestadtentwicklung.de) eingestellt. Unter „Aktuelles“ wurden zeitnah z.B. die Einladungen zu den Fachforen und der Fachkonferenz hinterlegt. Auf der Homepage wurden auch eine Dokumentation der BAG-Fachkonferenz mit den Referaten sowie das Berliner Memorandum zugänglich gemacht. Der Endbericht des Modellprojekts mit den Teilen 1 und 2 wird dort ebenfalls eingestellt werden. Eine Aktualisierung des Beitrags des Modellprojekts auf der Seite der Nationalen Stadtentwicklungspolitik mit den wesentlichen Ergebnissen wird vorgenommen.
- Das Modellprojekt hat zur theoretischen Auseinandersetzung zum Themenkomplex Zivilgesellschaft, Bürgerschaftliches Engagement, Mobilisierung und Aktivierung drei Fachforen als eintägige Workshops durchgeführt. Das 1. Fachforum fand im Februar 2008 statt. Der Schwerpunkt lag in der Definition von Zivilgesellschaftlichem Engagement. Im 2. Fachforum im November 2008 standen die Rahmenbedingungen einer guten Praxis und der Beteiligung in den Programmgebieten der Sozialen Stadt im Mittelpunkt der Verständigung. Das 3. Fachforum, das zusammen mit der Projektbeirat-Sitzung im Juni 2009 stattfand, hatte die konzeptionelle Auseinandersetzung mit den Projektbeispielen und der Struktur des Memorandums zum Inhalt.
- Die Transferstelle hat an zwei Vorbereitungstreffen der Regionalkonferenzen auf Anfrage der Akteure teilgenommen, in Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz. Der Vorstandsvorsitzende transportiert und kommuniziert im Rahmen seiner bundesweiten Referententätigkeit das Projektvorhaben ständig. Dies ist für das bundesweit agierende Modellprojekt die gesicherte und beste Kommunikation mit dem Ziel der Information und Aktivierung, insbesondere auf der Ebene der Wohlfahrtsverbände, Ministerien, Kirchen, Quartiermanager und einschlägigen Fortbildungsveranstaltungen, die von ihm geleitet werden. Der Projektbeirat bündelt die Kommunikation auf den verschiedenen Verbandsebenen. Die Bürger/innen selbst werden nur mittelbar über das Projekt erreicht werden.

- Die Befunde sollen so formuliert und transportiert werden, dass auch die Bewohnerinnen und Bewohner in den Soziale-Stadt-Gebieten von den Ergebnissen des Modellprojekts profitieren können. Es ist auch ein Abschnitt über die notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen mit Akteuren aus der Bewohnerschaft vorgesehen. Es gibt Kontaktpersonen aus den Ländernetzwerken, die als Quartiermanager arbeiten und über das Projektvorhaben mit Bewohnervertretern kommunizieren und diese informieren.
- Aus dem Projektzusammenhang heraus sind bereits einige Beiträge entstanden (vgl. Anhang) bzw. in Vorbereitung, die an eine breite Fachöffentlichkeit gerichtet sind:
 - In der Fachzeitschrift des vhw, Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., ist ein Artikel erschienen: R. Thies, P. Potz, M. Neumaier: Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt. In: *Forum Wohnen und Stadtentwicklung* 4, Oktober 2009, 202-205.
 - Der Online-Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft der Stiftung Mitarbeit hat die Rubrik „Im Fokus“ der Ausgabe 23 vom 20.11.2009 dem Modellprojekt „Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt“ gewidmet (www.buergergesellschaft.de/106822/#4163). Er wird online gestellt und an einen Verteiler von ca. 3.800 Abonnenten versandt. Darin sind neben dem „Berliner Memorandum“ folgende Beiträge enthalten:
 - *Reinhard Thies und Petra Potz*: Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt: Handlungsfelder, Handlungsanforderungen und Befunde.
 - *Adalbert Evers*: Bürgerschaftliche Netzwerke stärken: Perspektiven und Konsequenzen für die Soziale Stadt.
 - *Rolf-Peter Löhr*: Aktivierung der Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt: Zur Rolle der Gemeinwesenarbeit.
 - In der Veröffentlichungsreihe „*mitarbeiten.skript*“ der Stiftung Mitarbeit (www.mitarbeit.de) wird im Januar 2010 ein Band zum Modellprojekt erscheinen.
 - In der Zeitschrift *RaumPlanung* des Fachverbands Informationskreis für Raumplanung e.V. (IfR) (www.ifr-ev.de) wird in der Ausgabe 148 (Februar 2010) ein Artikel zum Modellprojekt erscheinen.

- Das *Projektjournal* der Nationalen Stadtentwicklungspolitik wird eine Ausgabe mit dem „Berliner Memorandum“ unter www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de veröffentlichen.
- Nachdem die Dokumentation und die Handlungsanforderungen fertiggestellt wurden, wurden Landes- und Bundespolitiker in den Prozess eingebunden. Die Fachkonferenz im September 2009 war mit wichtigen politisch-strategischen Akteuren aus Forschung und Interessenvertretungen, Bundesverbänden und dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung besetzt worden. Ohne Umsetzung in eine breite politische Programmatik (Bund, Länder, Kommunen) und die Programmphilosophie der Sozialen Stadt haben die Erkenntnisse aus diesem Projekt nur halb so viel Wert.
- Die Mitglieder des Projektbeirats werden ebenfalls als Multiplikatoren aktiviert und motiviert, die Inhalte des „Berliner Memorandums“ an ihre Zielgruppen über ihre jeweiligen Verteiler zu transportieren. Eine weitere beratende Zusammenarbeit mit dem im Rahmen des Modellprojekts konsolidierten Projektbeirat ist geplant.

4. Finanzierung

Die Finanzierung hat sich in ihrer Struktur als problematisch gezeigt. Durch die ursprünglich geplanten Kleinbeiträge als Eigenmittel durch Einzelakteure, z.B. der Fahrtkosten zu den Regionalkonferenzen oder der 50%-Anrechnung der Mittagessen bei den Konferenzen haben wir uns den Verwaltungsaufwand selbst um ein Vielfaches erhöht. Daher haben wir zur besseren Eigenmittelsicherung weitere Projektpartner (vgl. Liste in Kapitel 2.1) mit einem Kooperationsvertrag gewonnen. Die Mitarbeiter, die aktiv beteiligt sind, geben ihre erbrachten Stunden ein. Somit konnten die notwendigen Eigenmittel in Höhe von insgesamt 40 % gesichert werden.

5. Beitrag für die Nationale Stadtentwicklungspolitik: Bezug zu Forschungsfeld und Forschungsleitfragen

Unser Modellprojekt ist dem Feld „Bürger für ihre Stadt aktivieren – Zivilgesellschaft“ zugeordnet und ist auch so angelegt, dass es einen Beitrag zu dem Feld „Chancen schaffen, Zusammenhalt bewahren – Soziale Stadt“ leisten wird.

Die Arbeitsthese der BAG ist: Ohne die nicht nur operative, sondern auch strategische Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure (auf Steuerungs- und Umsetzungsebene) wird es keine nach-

haltige Wirkung in der Sozialen Stadtentwicklung geben. Dieser These wollen wir mit dem Berliner Memorandum eine Antwort verleihen. Insbesondere sollen die Umsetzungsrahmenbedingungen für die Praxis vor Ort in den Mittelpunkt unserer Erhebungen und des Erkenntnisgewinns gebracht werden.

Es ist uns durch die weitere Konkretisierung der Leitfragen gelungen, eine Basis für eine sinnvolle Auswertung, eine Kriteriendiskussion zur Findung nachahmenswerter Praxisbeispiele geschaffen zu haben. Durch die Handlungsoptionen konnten wir einen aus unserer Sicht fundierten Beitrag zur verbesserten Konzeptionierung auf allen Ebenen der Sozialen-Stadt-Programmatik und zur weiteren Aktivierung von Zivilgesellschaftlichem Engagement vorlegen.

Das geplante andere Zusammenwirken fordert alle Akteure in allen Sektoren: die öffentliche Hand, die Bürger und Bürgerinnen selbst, die Wirtschaft. Dafür brauchen wir Vorbilder und Beispiele, von denen wir lernen wollen.

5.1 Zentraler Erkenntnisgewinn – Zentrale Beiträge zur Beantwortung der Forschungsleitfragen

In den Forschungsleitfragen der Handlungsfelder „Bürger für ihre Stadt aktivieren – Zivilgesellschaft“ und „Chancen schaffen, Zusammenhalt bewahren – Soziale Stadt“ wird der Anspruch formuliert, die Qualitäten herauszufinden, die mit einer stärkeren Beteiligung, besseren Einbeziehung und Befähigung von zivilgesellschaftlichen Akteuren in den Stadtteilen verbunden sind. Darunter sind unterschiedliche Akteure, beispielsweise Bürgergruppen, freie Träger und Wohlfahrtsverbände zu verstehen, aber natürlich auch randständige Gruppen, die bisher als engagementfern gelten.

Die Nutzung und weitere Aktivierung von bereits bestehenden Bewohnerinitiativen wird es notwendig machen, die erfolgreichen Ansätze zu verstetigen und strukturell abzusichern. Wir wollen einen Beitrag zur Stärkung des Zusammenhaltes in dem Gemeinwesen leisten.

Insbesondere zu den folgenden Forschungsfragen werden im Rahmen des Projektes Antworten gegeben.

- An welchem Standort sind die Stadtteilakteure über die Dauer von befristeten Programmen hinaus in die Lage versetzt worden, die stets prekären Integrationsleistungen in benachteiligten Stadtteilen zu erbringen?

- Wo und wie sind mit den Bürger/innen neue nachhaltige und selbsttragende Strukturen der Interessenartikulation, der Kommunikation und Kooperation aufgebaut worden?
- Welche Zielgruppen können für bürgerschaftliches Engagement aktiviert werden? Mit welchen Mitteln? Welche Anreiz- und Unterstützungsstrukturen sind zu schaffen? Welche Trägerschaftsstrukturen sind besonders erfolgreich, um zur Verstetigung von Engagement beizutragen? Worin liegen die Ursachen für mangelndes bürgerschaftliches Engagement?

Innerhalb des zivilgesellschaftlichen Sektors ist das Thema der *sozialraumorientierten Ausrichtung* mit nicht unerheblichen inhaltlichen, fachlichen und organisatorischen Fragestellungen verbunden. Das Projekt „Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt“ hat daher begonnen einen Wissenstransfer in diesem bisher wenig bearbeiteten Themenfeld durchzuführen, um beispielsweise auch fachübergreifend stärker zwischen den Feldern Sozialpolitik und Stadtentwicklungspolitik zu vermitteln.

Die aus einer traditionell subjektbezogenen Sicht stammende Orientierung der Gemeinwesenarbeit und der ursprünglich eher (objektbezogene) baulich-investive Ansatz der Sozialen Stadt haben sich programmatisch immer mehr in einem lernenden *integrativen sozialräumlich orientierten Ansatz* angenähert: Neben Wohnumfeld- und Infrastrukturinvestitionen geht es vor allem um die Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen der Bewohnerschaft, beispielsweise in den Bereichen Bildung und Qualifizierung oder der sozialen Integration. Die Diskurse laufen jedoch häufig noch in unterschiedlichen wissenschaftlichen und praxisorientierten Netzwerken. Die BAG setzt sich daher für die Ressourcenbündelung und Mobilisierung stärkeren zivilgesellschaftlichen Engagements für benachteiligte Stadtquartiere ein.

Insbesondere geht es um die Erarbeitung von *konkreten Handlungsoptionen* für Entscheidungsträger in zivilgesellschaftlichen Verbänden und Vereinen. Im Rahmen des Projektes wurde das Augenmerk auf die engagementfernen Bevölkerungsgruppen gelegt, die in benachteiligten Stadtteilen leben und haltende und stützende Strukturen benötigen, um sich mit ihrem Stadtteil zu identifizieren und sich für und in ihrem Stadtteil zu engagieren. Hierzu gehört auch die Wahrnehmung, dass in einem weiten Verständnis des Begriffs Zivilgesellschaft (Evers) die Zivilität auch eine große Herausforderung sein kann. Eine lokal agierende Gemeinschaft kann auch Elemente „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (Sauter nach Heitmeyer) enthalten und sich gegen Andersdenkende vor Ort abgrenzen. Bürgerschaftliches Engagement geht häufig vom gebildeten Mittelstand aus. Die Befähigung zur Artikulation und Aktivierung von benachteiligten

Gruppen ist daher für die soziale Integration, beispielsweise in der Ausprägung einer ethnischen Integration, von größter Bedeutung.

Wie hält man diese Spannung aus? Wie erreicht man die Bewohnerschaft, die nicht in den klassischen Engagementstrukturen verankert ist? Die Rolle von Gemeinwesenarbeit, auch der Wohlfahrtsverbände, mit ihrer starken und konsolidierten Präsenz in der Fläche wird für die *soziale Integration* in den benachteiligten Stadtteilen immer zentraler. Der Aufbau eines nachbarschaftlichen Gemeinschaftsgefühls und die Bereitstellung von Angeboten für Engagement setzen wichtige Impulse für eine positive Stadtteilentwicklung und eine Aufwertung der Stadtteile.

Nur über ein starkes gebietsorientiertes und sozialräumlich verankertes Handeln mit der Einbeziehung möglichst breiter gesellschaftlicher Teilgruppen ist hier eine positive Weiterentwicklung möglich. Es braucht im doppelten Sinne Raum, in dem sich die Menschen treffen, versammeln, austauschen und feiern können.

Im Bereich der Sozialen Stadt sollte die in der Praxis bei Stadtteilentwicklungsprozessen noch häufig zu beobachtende Dominanz von Akteuren des Städtebaus bzw. der Stadtplanung überwunden werden. Die Einbindung der Akteure der sozialen Arbeit bei der Entwicklung und Gestaltung „Integrierter Entwicklungskonzepte“ ist hierbei ein wichtiger Schritt. Es wird deutlich, dass Kommunen, die in den Gebieten vor allem nach dem Städtebauförderrecht agieren, eine zusätzliche Schwelle für die Gemeinwesenarbeit und die Aktivierung des zivilgesellschaftlichen Engagements legen.

Das Prinzip der „gleichen Augenhöhe“ sollte sich deshalb sowohl in der verwaltungsinternen Gewichtung (Gleichberechtigung der Stadt- und Sozialplanung) als auch in der stärkeren Einbindung der Freien Träger aus Sozial- und Jugendhilfe widerspiegeln. Dazu gehört auch, die Beteiligung von Bewohnerinitiativen zu fördern sowie Vereine und anderes ehrenamtliches Engagement zu unterstützen.

Der häufig zu beobachtenden Überforderung der mit Quartiermanagement beauftragten Akteure kann durch den Einsatz eines Tandem-Modells entgegengewirkt werden (vgl. Thies, Potz, Neumaier 2009). Für die Aktivitäten vor Ort ist ein besonders qualifiziertes Team von Stadtteilentwicklern einzusetzen, das unterschiedliche Aufgaben und Funktionen für den Stadtteil wahrnimmt. Im Stadtteilbüro werden gleichgewichtig die Kompetenzen des Gemeinwesenarbeitsbeauftragten (Aktivierung und Organisation von Bewohnergruppen, Vernetzung im Stadtteil) und des Planungsbeauftragten (Darstellung von Projekten, Entwicklung von Planungsalternativen)

zusammengeführt. Befinden sich die unterschiedlichen Kompetenzen nicht in einer Trägerschaft, so sind die Rollen und Aufgaben der jeweiligen Akteure genau festzulegen.

In diesem „kooperativen Stadtteilmanagement“ ist insbesondere der Part des Gemeinwesenarbeitsbeauftragten unabhängig von hoheitlichen Aufgaben wahrzunehmen. Häufig sind Kommunalpolitik und -verwaltung Adressaten von Forderungen aus dem Stadtteil, die im Widerspruch zu deren Interessen bzw. Handeln stehen können. Loyalitätskonflikte städtischer Mitarbeiter sind dadurch vorprogrammiert. (...) Zur Verstetigung der Gemeinwesenarbeit in den Quartieren und Stadtteilen sollten die freien Träger sowie die Verbände der Wohlfahrtspflege, die örtlichen Kirchengemeinden und Kulturgemeinschaften stärker herausgefordert werden. In Verbindung mit dem bürgerschaftlichen Engagement von Bewohnern und Stadtteilgruppen können auch finanzielle Potenziale aktiviert werden, die zur weiteren Absicherung eines professionellen Quartiermanagement in Form von Nachbarschaftsvereinen bzw. -stiftungen führen können (s. Vernetzung/Trägerverbund/Bewohnerbeteiligung) (Reinhard Thies, LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.: Schriftliche Stellungnahme zur BT-Drucksache 15/4660).

Die Netzwerkbildung auf allen Ebenen erweist sich als essenziell, um auch politisch und programmatisch an den Debatten zur Integration und zur Teilhabe teilzunehmen. Nur ein integrierter Entwicklungsansatz für den Stadtteil, aber auch als Bestandteil der Gesamtstadtentwicklung, kann positive Effekte im Sinne einer sozialen Integration zeigen. Ein stärkeres Gewicht des zivilgesellschaftlichen Handelns im Sinne einer integrierten Stadtteilentwicklung ist notwendig. Dazu kann Gemeinwesenarbeit im Zusammenspiel mit der Stadtentwicklung einen wichtigen Beitrag liefern. Aus den Leitfragen werden wir im Memorandum zur Optimierung der Aktivierung und den Beteiligungskonzepten in den Soziale Stadt-Programmgebieten selbst Handlungsempfehlungen entwickeln.

Bei der Auswertung der Projektbeispiele können die erarbeiteten Kategorien (Prof. Evers, vgl. Kapitel 2.4 Gute Praxisbeispiele) die zentrale Funktion von Beteiligung nachzeichnen: 1. die Beteiligung von Gruppen, die schwer zu aktivieren sind und sich nur selten in formalisierten Zusammenhängen beteiligen (z.B. jüngere Menschen, ethnische Minderheiten); im Sinne einer sozialen Integration braucht es hier differenzierte aktivierende und identifikationsfördernde Maßnahmen und Empowerment, um sie in Kooperationsnetzwerke einbeziehen zu können; 2. die Beteiligung gut organisierter Akteure, die ihre Interessen auf einer Augenhöhe mit den politisch-administrativen Entscheidungsträgern artikulieren können und müssen; 3. die strategische Einbindung der Wirtschaft als Sektor, der in der zivilgesellschaftlichen Diskussion bisher eher als Kontrapunkt gesehen wird; 4. eine stärkere Gewichtung von Beteiligung im Sinne der Schaffung

von Räumen und Orten für öffentliche Debatte und Dialog, wo Projekte entwickelt, vorgestellt und diskutiert werden können.

Handlungsanforderungen und Befunde aus dem Berliner Memorandum

Die Prozesse der Sozialen Stadt können als Modelle betrachtet werden, anhand derer sich viele der neuen Herausforderungen für Zusammenleben, Wirtschaftsentwicklung und Aufgaben des Sozialstaates veranschaulichen lassen. Es geht hier um weit mehr als um Versorgungsstandards: Es braucht ein Dach, unter dem die Menschen handeln.

Im Sinne der Nachhaltigkeitsdiskussion gilt es, gerade die von Förderkulissen *unabhängige* Tragfähigkeit zivilgesellschaftlicher Netzwerke als zentrales Moment strategischer Allianzen frühzeitig herauszuarbeiten, „mitzudenken“ und zu begreifen.

Kommunikation, Dialog und die Schaffung von Öffentlichkeit sind wichtige Elemente der integrierten Stadtteilentwicklung. Dies führt zu mehr Aufmerksamkeit der Akteure füreinander und zu einer fairen und „zivilen“ Auseinandersetzung auf gleicher Augenhöhe. Dafür müssen Zentren und Räume als Gelegenheiten für öffentliche Debatte und Dialog geschaffen werden, um somit eine demokratische Öffentlichkeit zu stärken.

Partizipationsmöglichkeiten müssen allerdings im Kontext von Quartieren der Sozialen Stadt oftmals erst geschaffen werden. Dafür sind Unterstützungssysteme und Empowerment aufzubauen. Der "Eigensinn" lokaler Gemeinschaften muss dabei Berücksichtigung finden, denn Engagement läuft nicht immer nach einem vorher beschlossenen Plan ab, weil Ziele und Formen sich verändern. Lokale Migranten-Communities haben unter Umständen ganz andere Vorstellungen von Beteiligung als PlanerInnen etc. Unterschiedliche Zielgruppen benötigen deshalb unterschiedliche Formen von Ansprache und Einbindung. Hier sind Experimentierfreudigkeit und Mut gefragt, sich auch auf unbequeme, vielleicht auch aufwändigere Wege als den direkten Weg einzulassen.

Anforderungen an die Gemeinwesenarbeit

Aktive Einbindung und Engagement der Bürgerschaft in den Programmgebieten der Sozialen Stadt sind wichtig für den Zusammenhalt und eine langfristige Perspektive für die Stadtteile. Eine Voraussetzung dafür ist, dass das Selbstbewusstsein in den Stadtteilen gestärkt wird. Dafür hat Gemeinwesenarbeit geeignete Handlungsstrategien anzubieten. Um den neuen gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht zu werden, ist Gemeinwesenarbeit selbst zu einem permanenten Überprüfen und Erneuern ihrer Handlungsansätze aufgefordert, z.B. auch zu einer interkulturellen Öffnung ihrer Strukturen.

Die Gemeinwesenarbeit muss ihre Kernkompetenzen auch in einem privatwirtschaftlich agierenden Umfeld selbstbewusst einbringen, beispielsweise beim Übergangsmanagement zwischen Schule und Beruf oder bei Qualifizierungs- und Integrationsprojekten. Erfolgversprechende Ansätze gehen hier über eine rein fallbezogene und individualisierte Sichtweise hinaus und berücksichtigen lebensweltliche und sozialräumliche Rahmenbedingungen. Gemeinwesenarbeit muss darauf gerichtet sein, die Träger der Sozialwirtschaft (Alten-, Behinderten- und Jugendhilfe) einzubinden und gemeinsam mit ihnen Projekte zu entwickeln, die lokale Bedürfnisse (z.B. haushaltsnahe Dienstleistungen, Nachbarschaftsdienste) mit lokalen Ressourcen (Personen mit bestimmten Kompetenzen) zusammenbringen.

Der Ausbau und die Unterstützung von Landesnetzwerken und Trägerverbänden durch Länder und Verbände, wie beispielsweise die Qualifizierung und Konsolidierung der Landesnetzwerke innerhalb der BAG, stellt sich als zentrales Element für einen strategischen Umgang mit zivilgesellschaftlichem Engagement heraus.

Anforderungen an die öffentliche Hand

Strukturelle Beteiligungsmöglichkeiten und -chancen sind zu schaffen, die auch mit den Chancen zur Verbesserung von Lebensverhältnissen und der Bewältigung von Alltagsproblemen verknüpft werden. Hier erwächst aus der vorgehaltenen sozialen Infrastruktur (z.B. für Kindererziehung, Bildung, Beschäftigung und Jobperspektiven) eine besondere Verpflichtung für die öffentliche Hand. Es geht dabei sowohl um das Angebot niedrigschwelliger Anlaufstellen (wie z.B. Gemeinwesenzentren und -büros) als auch um die Möglichkeit, auf finanzielle Ressourcen schnell und unbürokratisch zurückgreifen zu können.

Lokale Bündnisse von Gemeinweseninitiativen und Bürgergruppen in der Kommunalpolitik sind zu stärken. Deshalb müssen öffentliche Mittel auch dafür bereitstehen, den überregionalen Erfahrungsaustausch aktiver BewohnerInnengruppen mit kontinuierlichen Angeboten zur politischen Bildung und zur weiteren Qualifizierung zu fördern. Ebenso ist eine Unterstützungsstruktur wie z.B. ein Mentorenprogramm aufzubauen, um damit über die Stadtteilarbeit hinaus zu wirken.

Zu den teilweise bereits praktizierten und weiter zu entwickelnden Ansätzen für Bündnisse gehört z.B. die Verankerung von Beteiligungsformen in der Gemeindeordnung. Arbeitsagenturen und Jobcenter für Arbeitsmarktintegration sollten sich verstärkt sozialräumlich ausrichten.

Es bedarf einer gezielten Unterstützung bei der Identifizierung, Aktivierung und Stützung von Bürgervereinen und lokalen Initiativen im Gemeinwesen, durch die gruppen- oder anlassbezogenen Einzelinteressen gebündelt und als gemeinsame Belange darstellbar werden und sich als Lobby Politikzugänge verschafft.

Gemeinwesenarbeit mit ihren Kernkompetenzen ist eine Daueraufgabe und sollte daher institutionell abgesichert werden: Sie ist aus einer oftmals bestehenden Projektförderung in Regelfinanzierungen zu überführen.

Weiter reichende Überlegungen setzen bei der Qualifizierung und Professionalisierung von Gemeinwesenarbeit an Schulen und Hochschulen an und bei der Empfehlung zum Aufbau einer „Schule zur Zivilgesellschaft“ auf lokaler, Landes- und Bundesebene.

Anforderungen an sektorübergreifende Bündnisse

Zu pflegen sind sektor- und bereichsübergreifende Partnerschaften und Bündnisse von Akteuren, die die Rahmenbedingungen für Gemeinwesenarbeit und das Engagement benachteiligter Gruppen verbessern wollen und die ihre Interessen auf einer Augenhöhe mit den politisch-administrativen Entscheidungsträgern auf allen Ebenen artikulieren können.

Die Akteurskonstellationen sollten wirtschaftlich orientierte Entwicklungspartnerschaften und sozial orientierte Netzwerke der Quartiersverbesserung stärker zusammenbringen, um nachhaltig integrative Beschäftigungs- und Versorgungseffekte in den Stadtteilen erzielen zu können. Hier wäre auch ein verstärktes Engagement von freien Trägern der Wohlfahrtspflege sowie von Kirchen und Glaubensgemeinschaften wünschenswert.

Die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft kann neben den investiven Maßnahmen zur Modernisierung des Wohnungsbestands zunehmend starker Partner in den Quartieren sein, wenn es um Maßnahmen zur sozialen Stabilisierung geht (Belegungsmanagement, Mietergärten etc.). Mitbestimmung in Organen der (Wohnungs-)Wirtschaft gehört zu den bereits praktizierten Ansätzen für Bündnisse.

Anforderungen an den Ansatz der Sozialen Stadt

Integrierte Stadtentwicklungsansätze wie die Soziale Stadt müssen die Kompetenzen von Gemeinwesenarbeit verstärkt nutzbar machen. Nur mit einer kontinuierlichen Vernetzung zwischen allen räumlichen Ebenen und einer ressortübergreifenden strategischen Vorgehensweise kann gewährleistet werden, dass die lokalen Erfahrungen aus der Praxis vor Ort gebündelt und in die Überlegungen zu einer programmatischen Weiterentwicklung transportiert werden. Um dauerhafte, verlässliche und belastbare Strukturen für Akteure in Stadtteilen zu schaffen, muss der Soziale Stadt-Ansatz von Bund und Ländern langfristig finanziert werden und mit deutlichen Leitlinien für zivilgesellschaftliches Engagement und Gemeinwesenarbeit („Goldene Zügel“) so ausgestattet werden, dass alle Bedarfskommunen profitieren können. Strategisch-politisch wichtig ist die Bil-

dung von interministeriellen Kommissionen unter Einbeziehung von Zivilgesellschaft auf Bundes- und Länderebene.

Die Soziale Stadt-Strategie muss verstetigt, weiterentwickelt und mit weiteren Förderansätzen im Stadtteil und der Gesamtstadt verknüpft werden. Sie muss als Modell zum integrierten Handeln auch für andere Stadtentwicklungsprogramme zu nutzen sein.

Kommunale Wirtschaftsförderung, Planungs- und Sozialressorts sollten verstärkt kooperieren und benachteiligte Sozialräume in integrierte Konzepte einbeziehen.

An den Standorten der Sozialen Stadt sind Aufbau und Pflege von Interessengemeinschaften und Gemeinwesenstrukturen zur Schaffung einer Handlungsplattform auf Stadtteil- bzw. Quartiers-ebene zwingend erforderlich (Community-Organizing etc).

Knapp zusammengefasst lassen sich aus dem Berliner Memorandum folgende Schlussfolgerungen ziehen und Aussagen treffen:

- Der Ansatz einer integrierten Stadtentwicklung bezieht zunehmend *sozial-kulturelle* Entwicklungen ein. Die Förderung *sozial-integrativer* Vorhaben rückt in den Blickpunkt.
- Zivilgesellschaft wird als Bestandteil und Ressource der Stadtentwicklung an Bedeutung zunehmen.
- Ohne Beteiligung der Bewohnerschaft vor Ort ist integriertes Handeln nach Prinzipien wie beispielsweise der Ressourcenbündelung oder des Sektor übergreifenden Handelns nicht möglich.
- Gemeinwesenarbeit spielt eine besondere Rolle bei der Aktivierung des Engagements. Sie wird dadurch zu einer Daueraufgabe.
- Die Definition von Qualitätsstandards für zivilgesellschaftliches Engagement und Beteiligungsaktivitäten wird wichtiger werden.
- Prozesse der Sozialen Stadt sind modellhaft für neue Herausforderungen an das Zusammenleben, die Wirtschaftsentwicklung und die Aufgaben des Sozialstaates.
- Die Phase der Sonderförderung ist als Chance für gezielte Aufmerksamkeit, Förderung und Unterstützung wahrzunehmen.

- Es geht um weit mehr als um Versorgungsstandards: Es braucht ein Dach, unter dem die Menschen handeln.

Als Schlüsselakteure für die Quartiersentwicklung sind die Bürgerinnen und Bürger, die sozialen Einrichtungen, Träger und Netzwerke, die lokale Wirtschaft, die zuständigen Verwaltungsabteilungen und die Politik sozialraum-kompetent zu stärken, zu qualifizieren und aufzustellen.

Die Phase der Sonderförderung durch Programme wie die „Soziale Stadt“ ist als eine Chance zu begreifen, dieses durch gezielte Aufmerksamkeit, Förderung und Unterstützung zu leisten. Diese Chance wird vertan, wenn nach der Phase der Sonderförderung keine anschlussfähigen Strukturen für das breiter gewordene Engagement vorhanden sind.

5.2 Einschätzung der Übertragbarkeit der Ergebnisse

Die Aufbereitung nachahmenswerter erkenntnisreicher Praxis zivilgesellschaftlichen Engagements soll dem Informations- und Erfahrungstransfer dienen. Dabei ist die Art und Weise, das praktische Vorgehen, die verfolgten Ziele und vor allem die Wirksamkeit hervorzuheben. Übertragbare Schlussfolgerungen sind Bestandteil des Memorandums. Besonderen Wert legen wir dabei auf eine einfache Aufbereitung, so dass auch Bewohnervertreter/innen einen praktischen Nutzen haben werden. Eine Veröffentlichung unter dem Arbeitstitel „Zivilgesellschaftliche Netzwerke in der Sozialen Stadt stärken! Handlungsanleitungen zur Aktivierung von zivilgesellschaftlichem Engagement in der sozialen Stadtentwicklung“ ist im Rahmen der Veröffentlichungsreihe der Stiftung Mitarbeit geplant.

Das Memorandum ist als eine Brücke zwischen theoretisch-wissenschaftlichem Diskurs zur Stadtentwicklungspolitik und der Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Engagements in den praxisorientierten Ansätzen der Gemeinwesenarbeit vor Ort zu verstehen. Dies ist unserer Meinung nach ein innovativer Ansatz und würde nicht nur die spärliche Fachliteratur ergänzen, sondern auch einen Beitrag für lebendige und integrierte sozialraumorientierte Stadtteilarbeit leisten. Auch nicht am Modellprojekt beteiligte Gebiete sollen von den Ergebnissen einen Nutzen haben.

Die Erkenntnisse sollen als Standard in die Weiterentwicklung und Umsetzung des Programms auf der Ebene des Bundes, der Länder und vor allem der kommunalen Handlungsebene offensiv eingebracht werden.

6. Anlagen

- Beitrag: R. Thies, P. Potz, M. Neumaier: Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt. In: *Forum Wohnen und Stadtentwicklung* 4, Oktober 2009, 202-205
- Beitrag: R. Thies und P. Potz: Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt: Handlungsfelder, Handlungsanforderungen und Befunde. In: *Wegweiser Bürgergesellschaft*, Online-Newsletter 23 vom 20.11.2009 (www.buergergesellschaft.de)
- BAG-Fachkonferenz Berlin, Programm, 17./18. September 2009
- BAG-Fachkonferenz Berlin, Referentenliste, 17./18. September 2009
- Organigramm der Projektphasen 2009
- Vernetzungsorganigramm 2009

Beitrag R. Thies, P. Potz, M. Neumaier: Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt. In: *Forum Wohnen und Stadtentwicklung* 4, Oktober 2009, 202-205



Stadtentwicklung

Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt

Reinhard Thies, Dr. Petra Potz, Monika Neumeier

Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt



Mobilisierung und Beteiligung lokaler zivilgesellschaftlicher Netzwerke sind unabdingbare Voraussetzung für integrierte Entwicklungskonzepte in der Sozialen Stadt. Sozialraumorientierung sowie die vielfältigen Formen der Partizipation und die Potenziale der örtlichen Akteure müssen gefördert und gestärkt werden. Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V. untersucht in einem Modellprojekt der Bundesinitiative Nationale Stadtentwicklungspolitik die Notwendigkeit und die Rahmenbedingungen einer Engagementförderung – insbesondere für benachteiligte Bevölkerungsgruppen. Im Rahmen der Auseinandersetzung mit Fragen eines gesellschaftlichen Strukturwandels – wie er mit der Pluralisierung von Lebensstilen, mit Zuwanderung, Bildungsreform und generationengerechtem Leben und Wohnen einhergeht – sind bürgerschaftliche Zugänge für das Verständnis und Handeln im öffentlichen Gemeinwesen unerlässlich.

Der Aufbau von lokalen Netzwerken, die öffentliche und private, wirtschaftlich wie zivilgesellschaftlich agierende Personen und Einrichtungen zu einer aktiven Zusammenarbeit bringen, ist ein wichtiger Erfolgsfaktor in der integrierten Stadtentwicklung. Insbesondere das bürgerschaftliche Engagement wird zunehmend als Ressource und unabdingbare Voraussetzung für die Stadt- und Stadtteilentwicklung erkannt. Bei dem Umgang mit dieser Ressource in Stadtentwicklungsprozessen stellen sich jedoch unterschiedliche fachliche Zugänge heraus, die miteinander stärker kommunizieren müssen.

Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadtentwicklung: die Position der BAG

Im Bereich des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ zeichnet sich zunehmend ab, dass integrierte Entwicklungskonzepte und das Quartiersmanagement ohne Mobilisierung und Beteiligung lokaler zivilgesellschaftlicher Netzwerke nicht auskommen. Dies sollte bei der Weiterentwicklung der Handlungsfelder der Sozialen Stadt (vgl. BMVBS 2008) noch stärker zum Ausdruck kommen. Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip ist nach Ansicht der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V. der zentrale Baustein eines integrierten Entwicklungskonzeptes und daher müssen die Aspekte der Sozialraumorientierung, die vielfältigen Formen der Partizipation und die Potenziale der örtlichen Akteure herausgestellt und gefördert werden.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V. besteht seit 2002 als bun-

desweites Netzwerk aus Landesarbeitsgemeinschaften sowie anderen überregionalen Organisationen und versteht sich als Lobby für Gemeinwesenarbeit in einer sozialen Stadt- und Stadtteilentwicklung. Die BAG sieht „Soziale Stadt“ als neuen umfassenden Politikansatz für integrierte Handlungskonzepte und bringt langjährige Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung und -aktivierung in Gemeinwesenprojekten ein.

Die Nachhaltigkeit und Verstetigung der Sozialen Stadt über die aktuellen Förderkulissen hinaus in Regelstrukturen einzubeziehen und weiterzuentwickeln wird von der BAG als zentrale Aufgabe gesehen. Dabei gelten als Schlüsselakteure für die Verstetigung diejenigen, „die vor der Phase des Förderprogramms den Stadtteil gestaltet haben und die es nach der Phase der Sonderförderung weiter tun werden“ – Bürger, soziale Einrichtungen, Träger und Netzwerke, die lokale Wirtschaft, die zuständigen Verwaltungen und die Politik. Um die



Abb. 1: „Netz-Werk“: Bewohner wehren sich gegen Einschnitte in das soziale Netz. (Foto: LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.)

Stadtentwicklung

Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt

Sozialraumorientierung im Handeln aller relevanten Akteure zu entwickeln und zu stärken, ist die Phase der Sonderförderung als Chance zu begreifen, gezielte Aufmerksamkeit, Förderung und Unterstützung zu bieten. Zentrale Nachhaltigkeitsgarantien sind dabei zu entwickeln (vgl. BAG 2007):

- Stabile lokale Entwicklungspartnerschaften
- Kontinuierliche Ressourcenbündelung
- Verlässliches „Kooperatives Quartiersmanagement“

Die Notwendigkeit, gemeinwesenorientierte soziale Ansätze stärker in den Stadtentwicklungsbereich zu integrieren, wird auch in den Evaluationen der Sozialen Stadt deutlich: „Offizielle ‚Tandemmodelle‘, bei denen der Bereich Planen/Bauen/Stadtentwicklung beispielsweise mit dem Bereich Soziales kooperiert, sind noch die Ausnahme. Ein wesentlicher Grund hierfür ist die Verwaltungsorganisation, die eine eindeutige Federführung erfordert. Informell wird aber – so ein Ergebnis der Gesprächsrunden – wesentlich mehr und intensiver kooperiert, als es die Ergebnisse der Befragung nahelegen.“ (Bundestransferstelle Soziale Stadt 2006, 11)

Der häufig zu beobachtenden Überforderung der mit Quartiersmanagement beauftragten Akteure kann durch den Einsatz eines Tandemmodells entgegengewirkt werden. Für die Aktivitäten vor Ort ist ein besonders qualifiziertes Team von Stadtteilentwicklern einzusetzen, das unterschiedliche Aufgaben und Funktionen für den Stadtteil wahrnimmt. Im Stadtteilbüro werden dabei gleichgewichtig die Kompetenzen des Gemeinwesenarbeitsbeauftragten (Aktivierung und Organisation von Bewohnergruppen, Vernetzung im Stadtteil) und des Planungsbeauftragten (Darstellung von Projekten, Entwicklung von Planungsalternativen) zusammengeführt (vgl. Abb. 2). Befinden sich die unterschiedlichen Kompetenzen nicht in einer Trägerschaft, so sind die Rollen und Aufgaben der jeweiligen Akteure genau festzulegen (vgl. Thies 2005a, b).

Das Modellprojekt in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Aufbauend auf den Vorüberlegungen führt die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V. im Rahmen der Initiative „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) ein Modellprojekt zur „Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt“¹ durch.



Abb. 2: Tandemkonzept als struktureller Rahmen in Programmgebieten (Thies 2005b, 96)

„Eine entscheidende Voraussetzung für eine gerechte, sozial integrierende Stadtgesellschaft ist, dass sich Bürgerinnen und Bürger in ihren Städten ‚wieder finden‘. ... Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik bilden einen Rahmen, der durch private Akteure ausgefüllt werden muss“ (www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de). Dieser programmatische Anspruch der Bundesinitiative im Handlungsschwerpunkt „Bürger für ihre Stadt aktivieren“ wird im Modellprojekt aufgegriffen und weiterentwickelt.

Die Netzwerkarbeit vor Ort und mit den Multiplikatoren in den Landesnetzwerken wird in Regionalkonferenzen gebündelt, weiterqualifiziert und kommuniziert. Das bestehende Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure in unterschiedlichen Handlungsfeldern wird dokumentiert und aufbereitet, so dass sich seine Bedeutung den verschiedenen Ebenen (Quartier, Stadt, Land, Bund) vermittelt. In guten Projektbeispielen der Sozialen Stadt aus allen Bundesländern werden Arbeits- und Entscheidungsstrukturen, Organisationsformen sowie die Bandbreite von Themen und Akteurskonstellationen veranschaulicht.

¹ Der Titel des Modellprojekts: „Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt. Wissenstransfer zur Stärkung von zivilgesellschaftlichen Netzwerken und bürgerschaftlichem Engagement zur nachhaltigen Sicherung sozialer Entwicklungspolitik in benachteiligten Quartieren. Das Vorhaben wird von Februar 2008 bis September 2009 durch die BAG im Rahmen der Initiative „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ durchgeführt. Projektpartner sind: das Diakonische Werk der EKD e.V. mit seinem Zentrum Familie, Integration, Bildung, Armut (FIBA) in Berlin, die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V., das Diakonische Werk Worms-Alzey (Einrichtung des DW in Hessen und Nassau e.V.), die Kindervereinigung e.V. Gara und die Johann Daniel Lawaetz-Stiftung in Hamburg.



Stadtentwicklung

Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt

Daneben wird in einem für das Modellprojekt konstituierten Projektbeirat aus Wissenschaft, Politik und Beratung der inhaltliche Diskurs gewährleistet und der Projektfortschritt kritisch begleitet. Die Diskussion in den Regionalkonferenzen und Dokumentation der Beispiele aus den Landesnetzwerken sowie die wissenschaftliche Begleitung durch Inputs in den Fachforen bauen aufeinander auf und werden miteinander verknüpft.

Qualitätsstandards für zivilgesellschaftliches Engagement in der Sozialen Stadt – erste Befunde

In den Regionalkonferenzen haben die Akteure des Quartiersmanagements in den Programmgebieten Bedarfe und Anforderungen formuliert. Erste ausgewählte Befunde legen eine stärkere Auseinandersetzung mit dem zivilgesellschaftlichen Engagement von Gruppen am „Rande der Gesellschaft“ und in Soziale-Stadt-Programmgebieten nahe. Die Bereitschaft zum Engagement im lokalen Kontext ist in vielfältigen Erscheinungsformen auch vorhanden, entfaltet jedoch oft wenig Aufmerksamkeit nach innen und außen.

Bürgerschaftliche Organisationen, Verbände, Kirchen, Parteien und andere zivilgesellschaftliche Akteure sind in benachteiligten Gemeinwesen zu wenig präsent. Für Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement fehlen konkrete Anlässe, strukturelle Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten. Es fehlt an der grundlegenden Bereitschaft zur „Ermutigung“ zum *Empowerment* und zur Machtdelegation. Die Engagementförderung in der Sozialen Stadt zeigt deutliche Erfolge, bleibt aber oft beschränkt auf befristete Förderzeiträume, auf einzelne Projekte und auf Mitwirkung ohne Mitbestimmung.

Bedarf

- Initiativen von Bürgern und Aktionen zur Selbsthilfe im direkten Lebensumfeld/Sozialraum/Stadtteil müssen von Politik, Verwaltung und freien Trägern wahrgenommen und professionell unterstützt werden.
- Partizipation auf den jeweiligen Ebenen und von den jeweiligen Instanzen muss auch gewollt sein. Partizipationsmöglichkeiten müssen entsprechend erst geschaffen werden. Der Aufbau von Unterstützungssystemen und von *Empowerment* ist notwendig.
- Die „Eigensinnigkeit“ lokaler Gemeinschaften muss dabei Berücksichtigung finden.
- Es braucht mehr Bereitschaft zum (öffentlichen) Diskurs vor Ort auch zu strittigen Themen mit einer Streitkultur und Konsensbereitschaft.
- Engagement braucht „starke zivilgesellschaftliche Partner“. Passende Engagementmöglichkeiten bieten vor allem

lokal verankerte Einrichtungen (Kirchengemeinden, Kitas als Familienzentren etc.), wenn sie sich den umliegenden Milieus öffnen, bzw. niedrigschwellig angelegte integrierte Stadtteilzentren.

- Beteiligungsmöglichkeiten und -chancen müssen diese mit Chancen zur Verbesserung von Lebensverhältnissen und der Bewältigung von Alltagsproblemen verbinden (z.B. Kindererziehung, Bildung, Beschäftigung und Jobperspektiven). Dies umfasst sowohl Anlaufstellen wie z.B. Gemeinwesenzentren und -büros als auch die Möglichkeit, auf finanzielle Ressourcen schnell und unkompliziert zurückgreifen zu können.
- Lokale Bündnisse von Gemeinweseninitiativen und Bürgergruppen in der Kommunalpolitik sowie überregionale Erfahrungsaustausche der aktiven Bewohnergruppen mit politischer Bildung zur Qualifizierung mit Mentorenfunktionen über die Stadtteilarbeit hinaus sind zu stärken.
- Die Soziale-Stadt-Strategie muss verstetigt, weiterentwickelt und mit weiteren Förderansätzen im Stadtteil und der Gesamtstadt verknüpft werden. Soziale Stadt soll für andere Stadtentwicklungsprogramme als Modell zum integrierten Handeln genutzt werden.
- Der Soziale-Stadt-Ansatz muss von Bund und Ländern langfristig finanziert werden und mit deutlichen Leitlinien und Leitbildern für zivilgesellschaftliches Engagement („goldene Zügel“) so ausgestattet werden, dass alle Bedarfskomponenten profitieren können.

Handlungserfordernisse und Instrumente

Auf lokaler, Landes- und Bundesebene sind sektor- und bereichsübergreifende Partnerschaften und Bündnisse von Akteuren zu pflegen, die die Rahmenbedingungen für Gemeinwesenarbeit und das Engagement benachteiligter Gruppen verbessern wollen und ihre Interessen auf Augenhöhe mit den politisch-administrativen Entscheidungsträgern artikulieren können. Dazu gehören z.B. die Verankerung von Beteiligungsformen in der Gemeindeordnung oder die Mitbestimmung in Organen der (Wohnungs-)Wirtschaft. Es geht aber auch um das verstärkte Engagement von Trägern der Wohlfahrtspflege und Kirchen.

Die Unterstützung von Landesnetzwerken und Trägerverbänden durch Länder und Verbände, wie beispielsweise die Qualifizierung und Konsolidierung der Landesnetzwerke innerhalb der BAG, stellt sich als zentrales Element für den strategischen Umgang mit zivilgesellschaftlichem Engagement heraus. Durch eine fachliche Begleitung und die Schaffung von Anlässen wird ein regelmäßiger Austausch gestärkt. Nur mit einer kontinuierlichen Vernetzung zwischen allen räumlichen Ebenen und einer ressortübergreifenden strategischen Vorgehensweise kann gewährleistet werden, dass die lokalen Erfahrungen aus der Praxis vor Ort gebündelt und in die

Stadtentwicklung

Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt



Überlegungen zu einer programmatischen Weiterentwicklung transportiert werden.

Zivilgesellschaftliche Beiträge des Dritten Sektors (Vereine, Assoziationen und Träger), die auf die Eigenständigkeit, Vielfalt, Vernetzung und Einbindung randständiger Gruppen eingehen, sind zu stärken. Die Frage der Beteiligung der schlecht zu Aktivierenden, jenseits der Mittelschicht, die mit niedrigschwelligen Angeboten erreicht werden müssen, ist eine Hauptproblematik. Die Vermutung liegt nahe, dass es viele Kontakte, Netzwerke und „blinde Flecken“ gibt, die gar nicht erfasst werden, aber von zentraler Bedeutung für die soziale Integration sind. Die Beteiligung von Gruppen, die schwer zu aktivieren sind und sich nur selten in formalisierten Zusammenhängen beteiligen (z.B. jüngere Menschen, bildungsferne Gruppen, ethnische Minderheiten), benötigt differenzierte aktivierende und identifikationsfördernde Maßnahmen.

Kommunikation, Dialog und die Schaffung von Öffentlichkeit sind wichtige Elemente der integrierten Stadtteilentwicklung: Die Schaffung von Räumen und Orten für öffentliche Debatte und Dialog und damit die Stärkung von demokratischer Öffentlichkeit führt zu mehr Aufmerksamkeit der Akteure für einander und zu einer fairen/„zivilen“ Auseinandersetzung auf Augenhöhe.

Gemeinwesenarbeit als Handlungsprinzip muss profiliert werden. Träger müssen die Präsenz im Gemeinwesen vor Ort verstärken: durch die Einrichtung von Transfer-Servicestellen für bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft, die Förderung von Gruppen- bzw. Vereinsaktivitäten in den Programmgebieten, die Nutzung von bestehenden Gemeinwesenzentren und (halböffentlichen) Räumen und damit die Herstellung von Öffentlichkeit. Weiter reichende Überlegungen setzen bei der Qualifizierung und Professionalisierung von Gemeinwesenarbeit an Schulen und Hochschulen an und bei der Empfehlung zum Aufbau einer „Schule zur Zivilgesellschaft“ auf lokaler, Landes- und Bundesebene. Strategisch-politisch wichtig ist die Bildung von interministeriellen Kommissionen unter Einbeziehung von Zivilgesellschaft auf Bundes- und Länderebene.

Gerade die von Förderkulissen unabhängige Tragfähigkeit zivilgesellschaftlicher Netzwerke muss als zentrales Moment strategischer Allianzen rechtzeitig herausgearbeitet, „mitgedacht“ und begriffen werden. Als Instrument dazu dient ein fachpolitisches Memorandum, das sowohl die Ergebnisse der Regionalkonferenzen als auch die fachlich-strategischen Überlegungen des Projektbeirats aufnimmt und zu Handlungsempfehlungen weiterentwickelt. Damit bildet es eine Brücke zwischen theoretisch-wissenschaftlichem Diskurs zur Stadtentwicklungspolitik und praxisorientierter Gemeinwesenarbeit vor Ort. Im September 2009 wurde das Memorandum in der Abschlusskonferenz des Modellprojekts in Berlin präsentiert und somit eine überregionale Ausstrahlung in den Fachdiskurs erreicht.

Reinhard Thies, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V., Hannover; Diakonisches Werk der EKD, Berlin

Dr. Petra Potz, BAG-Transferstelle für das Modellprojekt „Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt“, Inhaberin des Stadtplanungsbüros location³, Berlin

Monika Neumeier, BAG-Transferstelle für das Modellprojekt „Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt“, Geschäftsführerin der kommunalen Beschäftigungsgesellschaft, Gießen

Quellen:

BAG, Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V. (2007): Empfehlungen zur nachhaltigen Weiterentwicklung der Sozialen Stadt. Dokumentation der BAG-Fachtagung „Zukunft der Sozialen Stadt – Modelle der Verfestigung sozialer Stadtteilentwicklung“, 15.-16.03.2007 in Berlin-Neukölln. In: www.bagsozialestadtentwicklung.de, Rubrik: Downloads.

BMVBS, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2008): Statusbericht zum Programm Soziale Stadt. Kurzfassung. Berlin.

Bundestransferstelle Soziale Stadt (2006): Dritte bundesweite Befragung in den Programmgebieten der „Sozialen Stadt“. Zentrale Ergebnisse und Empfehlungen. Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt 12. Berlin.

Reinhard Thies, LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V. (2005a): Schriftliche Stellungnahme zum Fragenkatalog von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU und FDP zur Anhörung des Antrages von SPD und Bündnis 90/Die Grünen „Das Programm ‚Soziale Stadt‘ weiterentwickeln und ausweiten“ (BT-Drucksache 15/4660) am 13.04.2005, Frankfurt/Main.

Reinhard Thies (2005b): Zur Zusammenarbeit von sozialer Arbeit und Stadtplanung aus Sicht der sozialen Arbeit. In: Gerd Hamacher, Herbert Schubert, Antje Eickhoff, Sandra Nüß (Hg.): sozial | raum | stadt. Perspektiven bei der Planung des sozialen Raumes Stadt. Dokumentation der Fachtagung an der FH Köln, Forschungsschwerpunkt Sozial Raum Management, 4.-5.11.2004, Köln, S. 75-102.

Fordern Sie das vhw-Verlagsprogramm an

vhw-Verlags GmbH
Neefestraße 2a, 53115 Bonn
Telefon: 0228/72599-30
Telefax: 0228/72599-19
E-Mail: verlag@vhw-online.de



Beitrag: R. Thies und P. Potz: Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt: Handlungsfelder, Handlungsanforderungen und Befunde. In: Wegweiser Bürgergesellschaft, Online-Newsletter 23 vom 20.11.2009, www.buergergesellschaft.de



Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 23/2009 vom 20.11.2009

Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt: Handlungsfelder, Handlungsanforderungen und Befunde

Petra Potz • Reinhard Thies

Die BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit und ihre Ziele

Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V. hat sich 2002 als bundesweites Netzwerk v.a. aus Landesarbeitsgemeinschaften von Praktiker/innen der Stadtteilarbeit konstituiert und versteht sich als Lobby für Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadt- und Stadtteilentwicklung. Sie hat sich aus einem Zusammenschluss von Landesnetzen der Arbeit in Sozialen Brennpunkten in den 1970er Jahren weiter entwickelt. In der BAG sind Netzwerke aus Soziale-Stadt-Quartieren und vergleichbaren Stadt- bzw. Gemeindegebieten in den 16 Bundesländern organisiert, die die spezifischen Kompetenzen der Gemeinwesenarbeit in die integrierte Stadtentwicklung einbringen. Gemeinwesenarbeit wird dabei nicht als Aufgabe einer einzelnen Profession betrachtet, sondern als umfassendes Handlungsprinzip verstanden. Zur Entwicklung von Kooperationen bedarf es der Profilierung der Rolle und der Aufgaben der Gemeinwesenarbeit in einem bürgerorientierten Quartiers- und Stadtteilmanagement. Vorhandene und bewährte Ansätze von Gemeinwesenarbeit, Nachbarschaftsentwicklung, stadtteilorientierter Sozialer Arbeit sind dafür geeignete Anknüpfungspunkte und sind im Sinne einer nachhaltigen Stadtteilentwicklung weiterzuentwickeln. Die BAG fördert zugleich das interkulturelle Zusammenleben und das Angebot von lokaler lebensweltorientierter Qualifikation und Beschäftigung.

Das Modellprojekt in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Die BAG hat in den Jahren 2008 und 2009 das Modellprojekt »Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt. Wissenstransfer zur Stärkung von zivilgesellschaftlichen Netzwerken und bürgerschaftlichem Engagement zur nachhaltigen Sicherung sozialer Entwicklungspolitik in benachteiligten Quartieren« im Rahmen der Initiative »Nationale Stadtentwicklungspolitik« des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung durchgeführt. »Eine entscheidende Voraussetzung für eine gerechte, sozial integrierende Stadtgesellschaft ist, dass sich Bürgerinnen und Bürger in ihren Städten ‚wieder finden‘. ... Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik bilden einen Rahmen, der durch private Akteure ausgefüllt werden muss«. (www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de) Die Bundesinitiative »Nationale Stadtentwicklungspolitik« hat im Handlungsschwerpunkt »Bürger für ihre Stadt aktivieren« diese Fragestellung in den Mittelpunkt gestellt, die im Rahmen des hier beschriebenen Modellprojektes aufgegriffen und weiter entwickelt wurde.

Potz, Petra/Thies, Reinhard: Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt – Handlungsfelder, Handlungsanforderungen und Befunde
Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 20/2009 vom 20.11.2009

Seite 1

Die vollständige Fassung des Textes ist im Newsletter 23 vom 20.11.2009 Wegweiser Bürgergesellschaft auf den Seiten www.buergergesellschaft.de zu finden.

PROGRAMM

Fachkonferenz 17. – 18. September 2009

Bürgerschaftliche Netzwerke stärken

Gemeinwesenarbeit als Handlungsprinzip der Sozialen Stadtentwicklung

Donnerstag, 17. September 2009

13.00 Uhr **Begrüßung und Einführung - Zur Rolle von Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Stadt, Einordnung in den lokalen Kontext**

Markus Runge, Nachbarschaftshaus Urbanstraße

Positionen der BAG

Reinhard Thies, Vorsitzender BAG

14.00 Uhr **Nationale Stadtentwicklungspolitik**

Tilman Buchholz, Referatsleiter im BMVBS

14.30 Uhr **„Suchet der Stadt Bestes“ -**

Kirchen und Wohlfahrtsverbände in der Stadtentwicklung

Walter Merz, Diakonisches Werk der EKD e.V.

15.00 Uhr **Kaffeepause**

15.30 Uhr **Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt:**

Ein anderer Blick und mögliche Konsequenzen

Prof. Dr. Adalbert Evers, Justus-Liebig-Universität Gießen

16.00 Uhr **Brücken bauen in den Stadtteilen. Lokale Praxis präsentiert sich –**

Projekte vor Ort und Einordnung der Befunde

Heike Binne, Bremen; Tobias Habermann, Leipzig, Christina Hey, LAG Hessen; Jürgen Schöberlein, Hof

ab 18:00 Uhr Gelegenheit zur weiteren Vernetzung am Büffet

Freitag, 18. September 2009

09.00 Uhr Wer organisiert das Gemeinwesen?

Dr. Oliver Fehren, ISSAB, Universität Duisburg-Essen

09.30 Uhr Vorstellung des Memorandums „Zivilgesellschaftliche Netzwerke‘ in der Sozialen Stadt“

Dr. Petra Potz, BAG-Transferstelle / location³, Berlin

10.00 Uhr Parallele Workshops

1. Bürgernetzwerke in ihrer Vielfalt stärken

Moderation: *Chris Ludwig, baff e.V., Bericht: Jürgen Maier, Worms*

2. Gemeinwesen in Politik und Verwaltung verankern

Moderation: *Margarete Meyer, Städtenetz Soziale Stadt NRW*

Bericht: *F. Groeger-Roth, Hannover*

3. Wirtschaft für das Gemeinwesen gewinnen

Moderation: *Dr. Peter Szyuka, FOCO e.V., Oldenburg*

Bericht: *Tobias Habermann, Leipzig*

4. Dem Gemeinwesen eine Stimme geben

Moderation: *Eva Maria Antz, Stiftung Mitarbeit, Bericht: Uwe Lummitsch, Wolfen*

11.30 Uhr Kaffeepause

12.00 Uhr Aktivierung von zivilgesellschaftlichem Engagement – wie sieht es zukünftig aus?

Ergebnisse aus den Workshops und Stellungnahmen von:

Martina Kocks, BBSR, Bonn

Prof. Klaus Wermker, Dt. Städtetag / Stadt Essen

Theresia Wunderlich, Deutscher Caritasverband, Freiburg

Dr. Frank Jost, vhw, Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Berlin

Margurit Assmann, Mitglied im Beirat Soziale Stadt Frankfurt-Unterliederbach

Reinhard Thies, BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V.

14.00 Uhr Abschlussimbiss

Gesamtmoderation der Veranstaltung: Sabine Slapa, die raumplaner, Berlin

Die Dokumentation der Fachkonferenz mit den Referaten ist unter www.bagsozialestadtentwicklung.de eingestellt.

BAG-Fachkonferenz, Liste der Referent/innen und aktiv Beteiligten, 17./18. September 2009

<i>Eva-Maria Antz</i>	Stiftung Mitarbeit, Bonn
<i>Margarit Assmann</i>	Mitglied im Beirat Soziale Stadt Frankfurt -Unterliederbach, Frankfurt/M.
<i>Heike Binne</i>	BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V., Bremen
<i>Tilman Buchholz</i>	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung BMVBS, Berlin
<i>Prof. Dr. Adalbert Evers</i>	Professur für Vergleichende Gesundheits- und Sozialpolitik, Universität Gießen
<i>Dr. Oliver Fehren</i>	Institut für Stadtteilentwicklung und Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität Duisburg-Essen, Essen
<i>Frederick Groeger-Roth</i>	LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V., Hannover
<i>Tobias Habermann</i>	LAG Quartiermanagement Sachsen, Leipzig
<i>Christina Hey</i>	Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. (1. Vorsitzende der LAG), Marburg
<i>Dr. Frank Jost</i>	vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Bundesgeschäftsstelle, Berlin
<i>Martina Kocks</i>	BBSR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung) im BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung); Referat I4 Regionale Strukturpolitik und Städtebauförderung, Bonn
<i>Chris Ludwig</i>	baff e.V. Bildung, Ausbildung, Förderung und Frauenprojekte, Ludwigshafen
<i>Uwe Lummitsch</i>	Lokales Bündnis für Familie in Anhalt-Bitterfeld, Wolfen
<i>Jürgen Maier</i>	Diakonisches Werk Worms-Alzey, Worms
<i>Walter Merz</i>	Diakonisches Werk der EKD e.V., Berlin
<i>Margarete Meyer</i>	Städtenetz Soziale Stadt NRW, Essen
<i>Dr. Petra Potz</i>	location ³ Wissenstransfer, Berlin
<i>Markus Runge</i>	Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V., stellvertretender Geschäftsführer, Berlin
<i>Jürgen Schöberlein</i>	Diakonie Hochfranken, Hof
<i>Sabine Slapa</i>	die raumplaner, Berlin
<i>Dr. Peter Szyuka</i>	Forum Community Organisation (FOCO) e.V. / Diakonisches Werk Oldenburg, Oldenburg
<i>Reinhard Thies</i>	BAG Soziale Stadtentwicklung u. Gemeinwesenarbeit e.V., Diakonisches Werk der EKD e.V., Berlin
<i>Klaus Wermker</i>	Leiter Büro Stadtentwicklung Stadt Essen / Fachkommission Stadtentwicklungsplanung Deutscher Städtetag, Essen
<i>Theresia Wunderlich</i>	Deutscher Caritasverband e.V. (DCV), Leiterin Abt. Soziales + Gesundheit, Freiburg

Organigramm Projektphasen 2009



Vernetzungsorganigramm 2009

